

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Anzeigenpreise: Die 10geheft. Kolonelleite 35 Pf., bei Platzvorteil 40 Pf., Stellenangebote 10geheft. Kolonelleite 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10geheft. Kolonelleite mit 50% Nachlag. Reklameseite 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10geheft. Kolonelleite 40 Pf., bei Platzvorteil, 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

1500 Kranke, 30 Tote in Hannover.

Noch mehr Erkrankungen, noch mehr Tote zu erwarten!

Ausbreitung über Hannover hinaus.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus Hannover von einem dorthin entsandten Kommissar des preussischen Gesundheitsministeriums gemeldet: Die Zahl der Typhusfälle betrug Dienstagabend rund 1000, die Zahl der Todesfälle 30. Leider muß nach menschlichem Ermessen mit einem weiteren Ansteigen der Erkrankungen gerechnet werden, da die Inkubationszeit, d. h. die Zeit von Beginn der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit, noch nicht abgelaufen ist. Ebenso muß leider mit weiteren Todesfällen gerechnet werden, da der Verlauf der Erkrankung zum Teil ernst ist. Außer den genannten 1000 Kranken, die bereits in Krankenhäusern und Schulen isoliert sind, dürften noch mehrere Hundert Erkrankte in den Wohnungen untergebracht sein. Für Unterbringung auch dieser Erkrankten in Krankenhäusern und Schulen ist gesorgt. Für weitere Erkrankungen sind ebenfalls Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden. Sowohl mit dem Wehrkreis-Kommando wie mit dem Robert-Koch-Institut sind Maßnahmen zur Entlastung von nötigenfalls Tausenden von Betten vereinbart. Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund leisten wirksame Hilfe.

Ueber die Ursache der Erkrankungen haben die am Dienstag getroffenen Feststellungen die Annahme bestätigt, daß bei der Mitte August beobachteten Verunreinigung des Rickinger Wasserwerkes auch Typhuskeime in die Leitung gelangt sind. Fast alle Erkrankungen stammen aus den Stadtteilen, die von dem Rickinger Wasserwerk mit Trinkwasser versorgt werden. Alle Erkrankungen datieren von Anfang September, d. h. etwa 16 Tage nach der beobachteten Verunreinigung. Diese Frist stimmt genau mit der Inkubationszeit überein. Die verunreinigten Brunnen sind jetzt ausgepumpt, und das gesamte Wasser wird behördlich kontrolliert. In den letzten 14 Tagen ist die Keimzahl Null. Sämtliche benutzten Wasserwerke

liefern einwandfreies Wasser. Es ist nicht anzunehmen, daß vom Wassergetränk weitere Infektionen auftreten. Immerhin ist es möglich und in gewissem Grade wahrscheinlich, daß durch Kontakt noch weitere Erkrankungen vorkommen.

Die Typhus-Epidemie dehnt sich über das Weichbild der Stadt aus. Wie aus Barsinghausen, Empelde, Eggestorf, Lette und Seeje im Landkreis Minden gemeldet wird, sind auch dort Typhusfälle zu verzeichnen. Die behördlichen Stellen sind bemüht, weitgehende Sicherungen zu schaffen.

Schwere Anklagen.

Dr. med. Fromm schreibt im Hann. Kurier:

Es fragt sich nun der beschränkte Untertanenverstand, ob es nicht möglich gewesen wäre, dieses Unglück zu verhüten, und die Frage muß mit einem unbedingten „Ja“ beantwortet werden. Eine schwere Anklage bildet die nüchterne Aufzählung der Daten. Am 14. August wurde eine erhöhte Keimzahl im Trinkwasser festgestellt, eine weitere ganz erhebliche Vermehrung am 18. August. Auf diese beiden Warnungssignale hin hätte die Bevölkerung der Stadt sofort durch Anschläge an den Wasserleitungen und durch die Presse aufgefordert werden müssen, nur abgekochtes Trinkwasser zu genießen, bis die Untersuchung wieder ein einwandfreies Trinkwasser ergab. Erst am 23. August wurde in dankenswerter Weise durch das Polizeipräsidium vor dem Genuß ungekochten Wassers gewarnt, gleichzeitig durch „die zuständige Stelle“ mitgeteilt, daß „das Trinkwasser einwandfrei sein müsse, da durch am 20. August eingeschickte stärkere Chlorierung jetzt keine Gefahr mehr bestehe“. Die Darmerkrankungen wurden nach den behördlichen Erklärungen als „völlig harmlos“ hingestellt und das „Wasser stets als völlig einwandfrei“. Zugabeden, daß die Untersuchungen sehr schwierig und unständlich waren, so hätte durch rechtzeitige Warnung doch viel Unheil verhütet werden können.

Paratyphus in Duisburg.

Infolge Genußes verdorbener Leberwürst sind in Duisburg-Hochfeld 37 Personen erkrankt. Elf von ihnen mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Magererei, aus der die verdorbene Würst stammt, wurde von der Polizei geschlossen, nachdem durch die bakteriologische Untersuchung bei einigen Erkrankten Paratyphus festgestellt worden war.

Wettbewerb um den Balkan. Hintergründe von Genf.

—r— Als in Versailles der große Schacher um die Aufteilung der Kriegsbeute abgeschlossen ward, sah man den Südbalkan und Osten Europas bis zur Grenze des Sowjetreiches dem Einfluß des französischen Kapitals zugesprochen. Zur Befestigung seiner Erfolge schuf Frankreich in der Kleinen Entente eine Staatenkombination, die Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei umfaßte, ihm als Stützpunkt in seiner Offensive gegen Rußland, als auch gegen das besiegte Deutschland und die Rumpublik Österreich Jahre hindurch diente. Indes hatten die kapitalistischen Interessen in New York, London und anderen Zentren des Weltkapitals jene Domäne keineswegs in Ewigkeit und Ewigkeit der Pariser Hochfinanz überlassen. Sehr bald begann die kapitalistische Durchdringung des Balkans und der Staaten der Kleinen Entente. Zur Zeit des Abschlusses der Reparationskämpfe im Westen hatten sich hier bereits Tendenzen herausgebildet, deren Durchsetzung die Auflösung der Kleinen Entente bedeuten mußte. Auf der Temesvarer Konferenz der Kleinen Entente im Februar dieses Jahres trat der innere Zerfall des südbalkanischen Staatenbundes deutlich in Erscheinung. Der ungarische Frankensässlerfandol bedeutete zum letzten Male so etwas wie einen Ansporn zur Bildung einer Einheitsfront gegen Ungarn. Doch auch hier war von der Einheitslichkeit der Interessen nicht mehr die Rede. Rumänien brach aus der gemeinsamen Front aus, die Protestaktion gegen Ungarn unterblieb. Ebenowenig konnte ein einheitliches Vorgehen Rußland gegenüber beschlossen werden, wiewohl es den Anstrengungen des damaligen rumänischen Außenministers Duca immerhin noch gelang, seinen Prager Kollegen Bensch von einem Abschluß mit Rußland abzubringen.

Auch gegenüber der „großen“ europäischen Politik mußte die einstige Einheitsfront Prag-Belgrad-Bukarest verjagen. Der französische Einfluß war zurückgegangen, in Rumänien hatte sich englisches, in Jugoslawien amerikanisch-italienisches Kapital eingenistet, während die Tschechoslowakei ihrer wirtschaftlichen Struktur zufolge immer enger in das mitteleuropäische Wirtschaftssystem einbezogen wurde. In den Anruferstaaten der Kleinen Entente hatten sich ebenfalls erhebliche Wandlungen vollzogen: in Bulgarien machte sich italienisches und durch seine Vermittlung amerikanisches Kapital geltend, in der polnischen Industrie wurde die französische Beteiligung durch die englischen Interessen stark zurückgedrängt. Die am 17. und 18. Juni in Wiesbaden stattgefundene Konferenz der Kleinen Entente hatte zwar den Drei-Staatenbund feierlich erneuert, sie hat aber zugleich praktisch gezeigt, daß die Interessen der Bundesgenossen nicht mehr unter einen Hut zu bringen waren.

In die südoeuropäische Kräftekonstellation hat nun die koloniale Expansion des italienischen Fasizismus wesentlich neue Momente hineingetragen. Mussolinis Pläne waren in der Tat weitreichend und beinahe himmelstürmend. Nicht weniger sollte erreicht werden als eine vollkommene Unterwerfung des Balkans unter die Herrschaft der italienischen Diktatur. Immer wieder tauchte der Plan auf, durch einen italienischen Eisenbahnbau von Spalato über Belgrad und Bukarest bis nach Odessa, durch die Durchführung der sogenannten Balkan-Transversale, Italien mit dem ganzen südoeuropäischen Wirtschaftsgebiet zu verbinden. Dieser Plan, der offensichtlich von dem Interesse des amerikanischen Kapitals getragen wurde, sollte, soweit er auf jugoslawische Widerstände stieß, mit Hilfe eines komplizierten politischen Systems verwirklicht werden, das sich auf die eine Formel bringen läßt: Einkreisung Jugoslawiens. Nichts anderes als eine Reise nach Rom am Vorabend der Wärtztagung des Völkerbundes brachte den Italienern nicht den erhofften Erfolg: Nichts anderes als eine Reise nach Paris, um dort eine Rückversicherung gegen die „Freundschaft“ mit Italien in die Wege zu leiten. Auch die italienisch-jugoslawischen Wirtschaftsabmachungen von Nettuno konnten in Rom, so sehr sie in Jugoslawien angegriffen worden sind, nicht befriedigen. Es wurde denn auch die politische Einkreisung des widerspenstigen Vertragspartners mit aller Energie in Szene gesetzt.

Die Ablösung der Regierung Bratianu durch das faszistische System Averescu in Rumänien schuf die politischen Vorbedingungen für eine italienische Einflussnahme in Bukarest, die wirtschaftlich in der überaus ungünstigen italienischen Anleihe für Rumänien ihren Ausdruck fand. In Albanien hatte der Einfluß des englisch-italienischen Diktators, der sogar die amerikanische Beteiligung auszuschalten verstanden hatte, und die Gründung einer in italienischen Händen befindlichen Staatsbank die jugoslawischen Interessen gezwungen, in eine Aufteilung der Einflussphäre zu willigen. Schließlich wurde durch den italienischen Einfluß in Sofia auf den Südbalkanstaat ein fühlbarer politischer Druck ausgeübt. Die in der bulgarischen Politik seit dem Rücktritt Jantows wirksamen Bestrebungen, zu einer Föderation mit Südbalkan und damit zu einer Lösung der immer wieder akut werdenden mazedonischen Frage zu gelangen, unterlagen dem gemeinsamen Ansturm der italienischen Außen-

Die Ratsverhandlung.

WTB. Genf, 14. September.

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses der Versammlung, auf deren Entscheidung sich das Interesse im Augenblick konzentriert, wurden die gestern abgefaßten Vorschläge der Unterkommision punktweise durchberaten. Die Sitzung begann um 10.30 Uhr und führte um 12.30 Uhr zur Annahme eines von Loucheur-Frankreich eingebrachten Änderungsantrages, wonach bei der Abstimmung über die Wiederwählbarkeit von nichtständigen Ratsmitgliedern weiche Stimmzettel überhaupt nicht gezählt werden sollen. Nach dem Abstimmungsbrauch des Völkerbundes bedeuten die weichen Stimmzettel weder ja noch nein; sie hätten aber, wenn sie nach dem Antrag der Unterkommision gezählt würden, die Erlangung der erforderlichen Zweidrittelmehrheit erschwert. Im übrigen sind in dem nunmehr vorliegenden Plan folgende Bestimmungen von Interesse:

1. Im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern aus dem Rat vor Ablauf ihrer Mandatsdauer hat in der nächsten Völkerbundsversammlung eine Nachwahl zu erfolgen, und zwar nur für die Laufzeit des festgesetzten Mandats;

2. während normalerweise einer nicht begrenzten Zahl von Mitgliedern die Wiederwählbarkeit mit Zweidrittelmehrheit verbleiben werden kann, von denen jedoch nie mehr als drei gleichzeitig dem Rat angehören dürfen, wird in den Übergangsbestimmungen für 1926 bestimmt, daß die Wiederwählbarkeit im höchsten Falle drei Mitgliedern verliehen werden darf. In allen Fällen ist die Zahl der erlangten Stimmen entscheidend, dergestalt, daß die Mitglieder mit den wenigsten Stimmen, auch wenn sie Zweidrittelmehrheit erlangt haben, ausfallen.

Weiter wird in den Übergangsbestimmungen festgestellt, daß die Versammlungen von 1927 und 1928 ganz ausnahmsweise die Wiederwählbarkeit weiteren Mitgliedern verliehen können, auch wenn schon 1926 die vorgesehene Höchstzahl von drei Mitgliedern diese Eigenschaft erlangt haben sollte. Die übrigen Bestimmungen entsprechen den bereits bekannten Vorschlägen der Studien-Kommision für die Ratsreform.

Die Annahme des Antrages Loucheur, die übrigens bei Widerstand der Kleinen nur mit der knappen Mehrheit von 19 : 16 Stimmen erfolgte, ergibt eine Abweichung von dem Text der Studien-Kommision. In der Nachmittagsitzung wurde ein norwegischer Antrag angenommen, wodurch das Recht der Vollversammlung, eine Neuwahl vorzunehmen, sobald es die erforderliche Mehrheit des Rates verlangt, noch besonders in die Ratsreformbestimmungen eingefügt wurde.

Die Locarno-Verträge in Kraft gesetzt.

TU. Genf, 14. September.

Um 11 Uhr vormittags fand im Völkerbundssekretariat die feierliche Hinterlegung der Ratifikationsurkunden

der Locarno-Verträge durch die ersten Delegierten der am Locarno-Abkommen beteiligten Mächte statt. Deutschland war durch Dr. Stresemann vertreten.

SPD. Genf, 15. September. (Radio.)

Die Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand über die Gesamtheit der Deutschland und Frankreich berührenden Probleme werden am ganzen Tag über stattfinden.

Genfer Debatte über den Ratsbericht.

SPD. Genf, 14. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes beendete am Dienstagmittag in einer kurzen Sitzung die Generaldenkte über den Tätigkeitsbericht des Rates und des Sekretariats.

Einleitend wurde eine von Lord Cecil eingebrachte Entschließung auf Vorschlag der zuständigen Kommission einstimmig angenommen. In ihr wird der Völkerbundsrat ersucht, das eigentliche Tätigkeitsgebiet des Bundes durch eine besondere Kommission umgrenzen zu lassen. In der folgenden Generaldenkte nahm zunächst der bulgarische Außenminister das Wort. Er dankte für die schnelle Erledigung der Grenzwidersprüche an der griechisch-bulgarischen Grenze durch den Völkerbundsrat und für die seinem Lande gewährte Flüchtlingsanleihe. Der holländische Delegierte widmete besonders den Arbeiten des Sachverständigenausschusses für die Vereinheitlichung des internationalen Rechtes Anerkennung. Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde von ihm warm gewürdigt. Den Rücktritt Brasiliens und Spaniens nimmt er nicht tragisch. Es handle sich hier um vorübergehende Enttäuschungen, die vom Völkerbund ertragen werden müßten.

Der norwegische Ratsen bezeichnete die Abrüstungsfrage als das wichtigste Problem des Völkerbundes. Er beschäftigte sich dann noch mit der Versorgung der armenischen Flüchtlinge, die auf zahlreiche große Schwierigkeiten stößt. Ueber einen Antrag des Redners, den Bericht der Mandatskommision der 6. Kommission zu überweisen, wird die Versammlung in einer späteren Sitzung entscheiden. Der rumänische Außenminister versicherte dann den Völkerbund nochmals der großen Anhänglichkeit Rumäniens und wiederholte dessen Bereitwilligkeit, auf der Basis der bestehenden Grenzen Schiedsverträge mit allen Nachbarstaaten abzuschließen.

Am Schluß der Sitzung wurde ein gemeinsamer Antrag von Polen, Finnland und Schweden verlesen, in dem der Völkerbund ersucht wird, in Zukunft für die Bekämpfung des Alkohols die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der Antrag wurde an die zuständige Kommission überwiesen.

Fortsetzung der deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen. Zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung ist vereinbart worden, daß die im Juli d. J. begonnenen Handelsvertragsverhandlungen am 30. September in Berlin fortgesetzt werden sollen.

politik und der Opposition der mazedonischen Prätorianergarde, die auch nach der Beseitigung der Jankowischen Diktatur ihren Einfluß auf die bulgarische Regierung behauptet. Der Bandenkrieg an der jugoslawischen Grenze wurde erneut geschürt und sollte nach italienischer Berechnung eine diplomatische Niederlage Belgrads ergeben.

Die härteste Nuß blieb allerdings noch zu knacken. Ohne die Unterstützung Griechenlands konnte der Ring um Jugoslawien nicht geschlossen werden. Gerade Griechenland hatte aber mit Italien noch von den Kriegsjahren her ein besonderes Verhältnis zu rufen. Aus der Zeit seines Kriegsbündnisses mit den Ententemächten hielt Italien seine Ansprüche auf den Dodekanes aufrecht, jene zwölf griechischen Inseln im Ägäischen Meer, die allein als Stützpunkt der italienischen Expansionspolitik in Kleinasien in Frage kommen; in der gleichen Richtung liegen die italienischen Interessen in bezug auf die Insel Saseno, die den Hafen von Balona beherrscht und den Schlüssel zur politischen Beeinflussung Albanien darstellt. Seine Ansprüche auf diese Operationspunkte hat Italien in keiner Weise aufgegeben und es war auch im Verlauf seiner Offensive gegen Belgrad zu keinerlei Zugeständnissen den Griechen gegenüber in dieser Frage bereit.

Seine imperialistischen Wahnvorstellungen ließen indes Mussolini seine Macht überschätzen. Griechenland gab sich zwar dazu her, die von England inspirierte italienische Demonstration gegen die Türkei in der Periode der Mussoliverhandlungen zu unterstützen; es merkte aber bald, daß ihm seine Hilfsbereitschaft nicht gelohnt wurde. Und als Mussolini in Gestalt des englisch-italienischen Abkommens über Abessinien seine allerdings recht fragwürdige Belohnung für die Förderung der englischen Politik holte, begann die Ablehnung Athens von der italienischen Außenpolitik. Es war kein Zufall, daß ausgerechnet in dem Augenblick, wo Italien sich anstrebte, die wohlverdienten Früchte in Abessinien zu ernten, das griechische Außenministerium mit der Deffnung seiner Archive begann. Da wurden die Versprechungen zutage gefördert, die von englischer und französischer Seite den Griechen im Jahre 1915 gemacht worden waren, und deren Publikation jetzt eine Abfälligkeit zwischen den Kabinetten von London und Rom bewirken sollte. Diese deutliche Warnung wurde von Mussolini nicht beachtet. Er konnte es daher auch nicht mehr verhindern, daß Griechenland erneut Anschluß auf dem Balkan suchte und ihn dort fand, wo er am nächsten lag: bei Jugoslawien.

Der griechisch-südslawische Vertrag, der für Griechenland so günstig ausgefallen ist, daß die griechische Opposition sich mit dem Sturz Pangalos' beilegen mußte, um ihm die Auswertung dieses außenpolitischen Erfolges unmöglich zu machen, beleuchtete grell den entscheidenden Mißerfolg der italienischen Balkanpläne. Mit der Abwendung Griechenlands von Italien muß die Hoffnung auf eine erfolgreiche Einschließung Südslawiens in den Ring der Vasallenstaaten Italiens vorderhand scheitern. Dieser erste Anstoß bringt aber auch darüber hinaus das ganze Gebäude der italienischen Balkanpolitik ins Wanken. Im Konflikt mit Bulgarien ist Belgrad der Gewinner geblieben, die Position der jugoslawischen Außenpolitik hat sich außerordentlich gekräftigt. Und man wird nunmehr auch nicht mit Gewißheit behaupten können, daß Rumänien weiterhin durch dick und dünn mit Mussolini gehen wird.

Während der italienische Einfluß auf dem Balkan geschwächt ist, beginnt sich Frankreich von den Schlapfen, die ihm infolge des italienischen Vordringens im Südosten zugefügt worden waren, zu erholen. Es hat die rumänische Regierung durch die von Italien verweigerte Garantierung der beharabischen Grenze Rumaniens zu fördern verstanden, so daß die Veröffentlichung über den im Juni abgeschlossenen französisch-rumänischen Vertrag nach der Publikation des kürzlich erfolgten Abschlusses zwischen Rom und Madrid Frankreich in hervorragendem Maße zugute kam. Der Garantievertrag mit Rumänien ist aber nur ein Glied in der Kette der Verträge, mit denen die französische Außenpolitik den Südosten Europas zu umspannen im Begriffe steht. Dem Vertrag mit Rumänien sollen sich nach dem Muster des französisch-polnischen Vertrages weitere Garantie- und Schiedsabkommen zwischen Frankreich, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Polen anschließen. Daß es sich hier um durchaus reale Dinge handelt, beweisen die von einem amerikanischen Blatt mit immer genaueren Details veröffentlichten Meldungen über eine militärische Konvention zwischen Rumänien und Polen. Diese Konvention, die einen gemeinschaftlichen militärischen Aktionsplan für den Fall eines Konfliktes zwischen Polen und Deutschland oder Polen und Rußland auf der einen, zwischen Rumänien und Ungarn oder Rumänien und Bulgarien auf der anderen Seite festsetzt, sieht auch eine französische Unterstützung vor, die sich nur aus innenpolitischen Gründen auf die Lieferung von Kriegsmaterial beschränkt, das über Serbien nach Rumänien geleitet werden soll.

Gewiß bedeuten all diese Abmachungen noch lange nicht die Wiederherstellung der Kleinen Entente und dazu noch in erweitertem Umfang. Sie zeigen aber deutlich, daß die französische Außenpolitik erneut aktiv wird und zur Austragung des französisch-italienischen Gegensatzes nicht nur im Mittelmeer allein rüstet. Diese Aktivität ist nicht ohne Erfolg geblieben. Denn wenn man nach den Hintergründen des verhältnismäßig ruhigen Verlaufs der Völkerbundstagung, wenn man nach den Gründen der Vertagung des Tanger-Konfliktes und der vorsichtigen Zurückhaltung Italiens forscht, so wird man nicht zuletzt die neueste Wendung, die der französisch-italienische Wettbewerbs um den Balkan genommen hat, zur Erklärung dieser Dinge heranziehen müssen. Und da sehen wir es klar und eindeutig: die Interessengegensätze, die in dem Dunkel der machtpolitischen Hintergründe ausgeirrt werden, entscheiden über das Schicksal des Völkerbundes. Das neue französische Vertragsnetz im Südosten bedeutet einen neuen Faktor in den imperialistischen Auseinandersetzungen der kapitalistischen Mächte, eine neue Kriegsgefahr, die nicht durch andere Sonderverträge, nicht durch Völkerbund und nicht durch Friedensresolutionen, sondern einzig und allein durch den Endsieg des Proletariats im Kampfe um den Sozialismus gebannt werden kann.

Die bulgarische Note „zur Kenntnis genommen“.

SPD. Sofia, 14. September.

Die diplomatischen Vertreter Südslawiens, Rumaniens und Griechenlands haben im Auftrage ihrer Regierungen der bulgarischen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß ihre Länder von der Antwort Bulgariens Kenntnis genommen haben, in der eine Politik des Friedens und strenge Maßnahmen gegen revolutionäre Organisationen zugesichert wird. Die Note ist in ziemlich kühnem Tone gehalten.

Die Spannung zwischen Italien und Frankreich.

Der europäische Störenfried.

SPD. Paris, 14. September.

Die Blätter kommentieren lebhaft die Aussprache zwischen Briand und dem italienischen Unterstaatssekretär Grandi in Genf. Nüchtern übereinstimmend kommen sie aber auf Grund der Festlage der hier eingetroffenen italienischen Blätter zum Schluß, daß die Angriffe gegen Frankreich dort nicht eingestellt worden sind und daß im Gegenteil zahlreiche Blätter in noch heftigerer Form als am Montag Frankreich beschuldigen, den Mussolini-Mördern und allen Gegnern des faschistischen Regimes Unterkunft zu gewähren.

Ein offizieller Schritt der italienischen Regierung, den man hier in politischen Kreisen einen Augenblick lang befürchtete, hat aber bisher noch nicht stattgefunden. Der Ministerpräsident Poincaré, der in Abwesenheit Briands das Ministerium des Auswärtigen führt, hat am Dienstagmorgen eine lange Besprechung mit dem italienischen Botschafter in Paris, Nezzana, gehabt. Einmütig sind hier die Blätter, selbst die der Rechten, die bisher mit der faschistischen Diktatur liebäugelten, der Ansicht, daß Frankreich, falls die Angriffe der italienischen Presse andauern, eine energische Sprache in Rom führen müsse. Unter keinen Umständen könne Frankreich daran denken, gegen die italienischen Emigranten, die das französische Gastrecht genießen, in irgendeiner Weise vorzugehen, solange sie nicht gegen die französischen Gelehe verstößen.

U. Mailand, 14. September.

Der französische Gesandte in Rom hat in Abwesenheit des Botschafters beim italienischen Außenministerium wegen des scharfen Wahldienstes Schritte unternommen, von dem die französische Botschaft seit dem Attentat umgeben ist. Der Gesandte trägt die Furcht der italienischen Behörden vor etwaigen Angriffen für unbedeutend. Auch hat der französische Diplomat freundschaftliche Vorstellungen erhoben gegen die Tendenz der italienischen Presse, die französische Regierung wegen ihrer Gastfreundschaft ausländischen Flüchtlingen gegenüber anzuklagen.

Nach Meldungen aus London hat die Rede Mussolinis nach dem letzten Anschlag auf ihn, in der er Frankreich indirekt der Unterstützung der Attentäter beschuldigt, in der englischen Öffentlichkeit einen schlechten Eindruck gemacht. Mussolini wird nach dieser Rede, sogar in Spanien, die an sich der italienischen Diktatur nicht unympathisch gegenüberstehen, als europäischer Störenfried bezeichnet, wobei unter vielen Neuierungen Mussolinis als Verursacher ihrer Auffassung auch auf seine Worte hingewiesen wird: „wenn notwendig, werde die italienische Flagg über den Brenner hinweggetragen werden“.

Zusammenstöße zwischen Faschisten und Polizei.

SPD. Berlin, 15. September. (Radio.)

Wie der Vossischen Zeitung aus Lugano gemeldet wird, ist es in Triest zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Faschisten gekommen. Auf beiden Seiten sei von der Schusswaffe Gebrauch gemacht worden, wobei ein Faschist getötet und einer schwer verwundet worden ist. Auch zahlreiche Polizeibeamte seien verwundet worden. Reisende aus Italien melden, daß über Triest der Belagerungsstand verhängt ist.

China.

Das Blutbad von Wanhien.

Nach einer Meldung der Times ist von den britischen Behörden die Zurückziehung der Kanonenboote von Hankau angeordnet worden. Im Falle der Nichterfüllung der Abmachungen behalten sich jedoch die britischen Behörden das Recht vor, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ueber die Beilegung des Konfliktes zwischen England und dem General Jangsen wird gemeldet, daß dieser die Absendung einer Abordnung nach Peking angeboten habe, um den Zwischenfall von Wanhien zu besprechen. Der britische Admiral soll sich hiermit einverstanden erklärt haben. Die von Jangsen beschlagnahmten englischen Schiffe sind immer noch nicht herausgegeben worden. Der Morning Post wies jedoch auf Schanghaj zu, daß eine neue britische Expedition nach Wanhien zur Befreiung der zurückgehaltenen Schiffe bevorstehe.

Wie nunmehr bekannt wird, sind bei dem Geschehniß von Wanhien

5000 Menschen getötet

worden. Herr Chamberlain kann zufrieden sein.

Die gemeldeten Erfolge der Kantonesen über Vortruppen Suntschuanjangs haben sich bestätigt. Es sollen sich, wie gemeldet wird, Verhandlungen zwischen der Kantongregierung und Suntschuanjang anbahnen. Von deren Ergebnis wäre allerdings vorerst nicht viel zu erwarten.

Zum Kirchenstreit in Mexiko.

Reuter meldet aus Mexiko: Der Episkopat hat den Wortlaut eines Gesuches veröffentlicht, das er dem mexikanischen Kongress zu unterbreiten beabsichtigt und worin um Aufhebung gewisser Bestimmungen der Verfassung er sucht wird. Das Gesuch legt dar, die katholische Kirche verlange keine besondere Vergünstigung, sondern wünsche lediglich Freiheit für alle Religionen.

Die Helfer der Fememörder.

Schwere Anklagen gegen den völkischen Anwalt Sad.

SPD. Der Femeauschuß des preussischen Landtages nahm am Dienstag seine Arbeiten wieder auf. Zunächst kam ein Brief des Oberleutnants a. D. Niplemann zur Verlesung, in dem dieser es ablehnt, weitere Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß zu machen, da ein Verfahren gegen ihn von den zuständigen Gerichtsbehörden eingeleitet worden sei. Grütle-Lehder hat an den Ausschuß zwei Eingaben gerichtet, deren eine den völkischen Abg. Rube des Fallescheldes betrifft, in der zweiten Eingabe lehnt Grütle-Lehder es ab, in der Voruntersuchung weitere Aussagen zu machen, solange ihm nicht die einem politischen Verbrecher zustehenden Vergünstigungen wieder gewährt werden. Sehr bedeutungsvoll ist das Protokoll über die Vernehmung des stud. Ing. Jshaur vor dem Amtsgericht Bramstedt. Jshaur's Vernehmung erfolgte im Auftrag des Ausschusses und im Beisein des Ausschußberichterstatters Genossen Kuttner. Jshaur war führendes Mitglied der Organisation Consul. Er sah im Rathenauprozess auf der Anklagebank, wurde aber freigesprochen, dagegen erhielt er mehrere Jahre Zuchthaus wegen eines Dynamitanschlags im Rapp-Putsch. Jshaur machte Angaben, die den Rechtsanwalt Dr. Sad, den bekannten Anwalt der Fememörder, aufs schwerste belasten. Sad hat nach diesen Angaben an Tschow, Tillesen und andere Kassiber ins Gefängnis geschmuggelt. Ebenso hat er einen Fluchtversuch für Tschow vorbereitet, der am Tage der Verurteilung erfolgen sollte und nur deshalb unterblieb, weil Tschow nicht zum Tode verurteilt wurde. Ferner soll Sad nach Jshaur's Angaben den Hersteller des vergifteten Konfekts kennen, mit dem Günther, der im Rathenauprozess mit angeklagt war, von den Völkischen aber für einen Verräter gehalten wird, befreit werden sollte. Tschow wie Jshaur waren im Zuchthaus Sonnenburg. Von da aus wurde unter dem Stichwort Moselwein und Saalek (bekanntlich die Burg, wo die Rathenaumörder sich erschossen haben) mit Sad eine regelrechte Korrespondenz geführt, für die verschiedene Deckadressen benutzt wurden. In dieser Korrespondenz wurde der Fluchtplan Tschow's genau vorbereitet. Dieser sollte mit Hilfe eines Flugzeugs nach Prag und von da nach Ungarn fliegen. Tschow war so bereit, daß er in einem Kassiber Dr. Sad ersuchte, sich dafür einzusetzen, daß er (Tschow) nach seiner Befreiung das Amt des Feuerwärters und Volkstreders über den Mittelverteilten Günther erhalte.

Berichterstatter Abg. Kuttner referierte dann kurz über das Verhandlungsergebnis im Falle Jahnke. Das Beweisthema lautete, i. ob Jahnke mit Fememördern oder Fememordverdächtigen in Verbindung stand und ob er an irgendwelchen Bestrebungen zur Beseitigung Stresemanns und Seering's beteiligt war. Die Vernehmung des Zeugen Jahnke hat nichts Positives erbracht. Abg. Riebel (Dem.) verlangt, daß die „Beziehungen“ Jahnke's zu Schulz genau untersucht werden. In nicht öffentlicher Sitzung wurde über neue kommunistische Beweismittel im Fall Jahnke verhandelt. Regierungsdirektor Schmidt gab Auskunft über die polizeiliche Vernehmung eines Kunstgewerblers Karl Schmidt, die in einigen Punkten im Gegensatz zu der eidlichen Aussage Jahnke's steht und in der besonders behauptet wird, daß Jahnke räumlich zugegen gewesen war, als von dem Plan einer Ermordung von Ebert, Stresemann und Seering in Kreisen der Organisation Consul die Rede war. Der Ausschuß beschloß, das Protokoll dieser Vernehmung mit der Aussage Jahnke's zu vergleichen.

Reinhold reist nach Spanien. Der Reichsminister der Finanzen Dr. Reinhold tritt nach Beendigung von Besprechungen mit der holländischen Regierung in Darmstadt einen etwa vierwöchigen Erholungsurlaub an, den er in Spanien verbringen wird. Seine Vertretung führt Staatssekretär Dr. Popih.

Die Friedensprediger von Genf.



Briand

Stresemann

Rebellion gegen Thälmann-Stalin.

Erklärung von 700 KPD-Funktionären zur russischen Frage.

Weber der Ausschluß von Korsch, Ruth Fischer und Maslow, noch die Abkündigung der inneren Parteibestimmung, kein Kongreß der Werktätigen, kein Roten Frauen- und Mädchenbund und keine Aufstanddelegation hat es vermocht, die Rebellion in der KPD gegen den Stalinskurs der Thälmannzentrale zu verhindern. Trotz allen Einheitsbeschwörungen und Androhungen der Berliner und Moskauer Zentralkomitees wird jetzt von 700 Parteifunktionären der KPD eine „Erklärung zur russischen Frage“ veröffentlicht, die mit Moskau und Berlin scharf ins Gericht geht. „Die Unterzeichnenden haben mit dieser Erklärung die Initiative zu einer Solidaritätsaktion für die russische Opposition ergriffen. Wir sind jetzt überzeugt davon, daß die Mehrheit der kommunistischen Arbeiter sich für die Leningrader Opposition erklären würde, wenn sie die Möglichkeit hätte, die wirklichen Geschehnisse in unserer russischen Bruderpartei auf Grund einwandfreier Informationen und einer allseitigen Diskussion kennenzulernen. . . . Schließt euch einzeln und ortgruppenweise dieser unserer Erklärung an! . . . Solidarisiert euch mit uns, solidarisiert euch mit der russischen Opposition. Wir wollen nichts anderes, als den unvermeidlichen Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, gegen das Liquidatorientum in der KPD, und in der Komintern.“ So heißt es in der Einleitung zu der Erklärung.

Die an die Exekutive der Komintern, an das Zentralkomitee der K.P.D. S.U. und an das Zentralkomitee der K.P.D. gerichtete Erklärung bringt zu Beginn eine Resolution der K.P.D. Linien, die sich in der Sitzung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg am 1. August 1928 und im Zentralkomitee der K.P.D. am 8. August eingetragt hat. In dieser Resolution wird der Kampf der Leningrader Opposition umschrieben als ein Kampf „gegen die Verhinderung der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande, für die unverminderte Vorwärtstreibung der revolutionären Bewegung in den übrigen Ländern, in enger Verbindung mit dem sozialistischen Aufbau in Rußland bis zum Triumph des Sozialismus durch den Sieg der Weltrevolution“, und weiter u. a. „gegen die Uebertriebung der Rep, wie sie besonders tragisch durch das gefällige Wort „Bereicherung“ signalisiert wurde und in der Praxis z. B. durch die neue Landgesetzgebung, im Warenwirtschaftlich und Freihandel usw. ihren Ausdruck findet, . . . gegen jegliche Forderung der Diktatur des Proletariats gegenüber der Stadt- und Dorfbourgeoisie, . . . gegen den falschen innerparteilichen Kurs, . . . für die Ausgestaltung der inneren Parteidemokratie, . . . für die Aufhebung aller Diskussionsverbote usw.“

Diese Forderungen machen sich die 700 Rebellen zu eigen, weisen „auf die großen Gefahren der Rep hin“ und „mit Nachdruck auf die große Kulakengefahr“ und erklären:

„Wenn man die in Sowjetrußland vorhandenen Elemente des sozialistischen Aufbaus idealisiert und schönfärbt, wenn man verschweigt, daß das verlangsamte Tempo der außerrevolutionären Bewegung die Entfaltung des Sozialismus in der Sowjetunion ghemmt hat, demoralisiert man die Arbeiterklasse der ganzen Welt . . .“

Die Erklärung nimmt dann zur Abklärung von Sinowjew, Kamenew usw. Stellung:

„Wenn der Vorsitzende des Präsidiums des ZK als Spalter der bedeutendsten Sektion der Komintern beschuldigt wird, wenn derselbe Sinowjew, der von der Gründung der Komintern an ihr Präsident ist, angeblich an der Spitze einer illegalen Fraktion stehen soll, so müssen diesen Anschuldigungen Dinge von weittragender Bedeutung vorausgegangen sein. Wenn der Präsident der Komintern und eine Reihe anderer alter und bewährter Bolschewiken aus dem Politbureau und Zentralkomitee der wichtigsten Partei der Komintern gejagt, vor den Augen einer entzündeten Bourgeoisie unter dem Jubel aller Menschwiken in- und außerhalb der Komintern durch die Gasse geschleift und durch die Presse sämtlicher kommunistischer Parteien mit Schmutzlibellen überhäuft werden, dann kann das nicht ohne die ernstesten Folgen für die Komintern sein.“

„Durch derartige Methoden kann man die Komintern nur ruinieren! Die Bedeutung dieser Vorgänge für die Komintern liegt auf der Hand.“

Die Hehe, die jetzt gegen Sinowjew usw. entfaltet wird, verleiht jeder politisch denkende Arbeiter als den Versuch, die Komintern als revolutionäre Organisation des Weltproletariats zu liquidieren . . .“

Besonders katastrophal muß sich diese Methode in unserer Partei, der KPD, auswirken. Man darf nicht vergessen, daß der ZK-Brief vor einem Jahre angeblich die Partei normalisieren sollte. Seine Folgen waren eine vollkommene Desorganisation und Atomisierung der KPD, und eine restlose Restaurierung der Rechte.“

„Für die deutsche Arbeiterklasse ist Sinowjew der Mann von Halle. Seine Abhängigkeit wird verstanden als nachträgliche Desorganisation von Halle.“

Gegen das Toischweigen der russischen Parteibestimmung wird ausgeführt:

„Wir alle und jeder denkende Arbeiter versteht, wie verwerflich es ist, wenn den kommunistischen Parteien einfach alles vorenthalten wird, was die Opposition in unserer russischen Bruderpartei zu sagen hat, während gleichzeitig die Zentralkomitees der Sektionen der Komintern wie auch das Zentralkomitee der KPD, vorbehaltlos in Beschließen des Stalinskischen Zentralkomitees der K.P.D. S.U. zustimmen und behaupten, die Mitglieder der Sektion das gleiche.“

Und dann geht es los gegen den Feldzug, der von den Kominterninstanzen gegen die kommunistische Linke unternommen wird:

„Man betreibt eine unverantwortliche Geheimdiplomatie und bedient sich zur Erledigung der führenden Genossen der Opposition der schmutzigen Mittel und Methoden . . .“

Durch derartige Methoden kann man die Komintern nur ruinieren! . . . Gleichgültig aber betreibt man den Zusammenschluß der rechten Gruppierungen in der Komintern mit pseudolinken Gruppen, die das gegenwärtige Zentralkomitee unterstützen. Besonders katastrophal muß sich diese Methode in unserer Partei, der KPD, auswirken.“

Man darf nicht vergessen, daß der ZK-Brief vor einem Jahre angeblich die Partei „normalisieren“ sollte. Seine Folgen waren eine vollkommene Desorganisation und Atomisierung der KPD, und eine restlose Restaurierung der Rechte.“

Dem jetzigen Zentralkomitee der KPD wird dann bescheinigt, daß es aus Leuten bestünde, die sich allen von Moskau angedehnten Drehungen angepaßt hätten usw.

„Und diese Leute, fährt die Erklärung fort, wagen es, von Prinzipienlosigkeit zu reden! Wir können uns Grund solcher Tatsachen nicht schweigen. . . . Wir wollen uns nicht mit Märchenerzählungen über die Opposition abgeben“

lassen, wir wollen wissen, was diese oppositionellen Genossen selber sagen. Datum: Heraus mit allen von der Opposition vorgelegten Resolutionen, Plattformen, Artikeln usw.! Wir fordern, daß das vom Zentralkomitee eingenommene Monopol der einseitigen Berichterstattung gebrochen wird.“

Diese Forderungen werden dann noch durch folgenden interessanten Hinweis verstärkt:

„Wenn jetzt Genossen wie Bucharin zur Begründung des Diskussionsverbotes die schwierige außenpolitische Lage der Sowjetunion anführen, so sei laut daran erinnert, daß 1917/18 mitten im imperialistischen und Bürgerkrieg derselbe Bucharin aus Anlaß der Brest-Litowsker Verhandlungen eine Fraktion gegen Lenin aufgezogen hat, eine öffentliche Fraktionszeitschrift herausgab und den „Opportunisten“ Lenin mit der Spaltung bedrohte.“

Der Aufruf schließt dann:

„Wir fordern weiter die Aufhebung der Maßregelungen Sinowjews, Lischewitschs usw. in der K.P.D. S.U. . . . Wir fordern ferner die Aufhebung aller Maßregelungen und der aus politischen Gründen vollzogenen Ausschüsse ehedem, revolutionärer Genossen in der kommunistischen Partei Deutschlands . . . Wir weisen jede Revision des Leninismus auf das entschiedenste zurück. Zurück zu Lenin, zum wirklichen, echten, unverfälschten Leninismus! Das muß die Lösung der Diskussion sein.“

Soweit die Erklärung. Sie ist unterzeichnet von 700 Funktionären der KPD, darunter folgenden Reichstagsabgeordneten: Högemann, Schlicht, Schollem, Schwahn und Urbahn. Aus der Fülle von Landtagsabgeordneten seien genannt: Bartels, Krefeld, Eppstein, Gropewitz, Kilian, Hedwig Krüger u. a. Einen besonderen Wert erhält die Erklärung durch die Unterzeichnung des Oppositionsführers Hans Weber. Wily Gohls, der Schwager Ruth Fischers, unterzeichnet ebenfalls. Sein Kompagnon, der Leipziger Bölgel, steht auffallenderweise, wie überhaupt Untergeschrieben sind die sächsischen Bezirke nicht vorhanden sind. Das bedeutet natürlich keinesfalls, daß hier die Bestrebungen der Opposition minder als anderswo beständen.

Die Rote Fahne nimmt dreispaltenlang zu dem, wie sie sagt, „Verstoß der Maslow-Gruppe gegen die kommunistische Partei“ Stellung.

„Was den Inhalt des Schanddokuments anbetrifft, schreibt sie, lo enthält er nur eine trassere Wiederholung der bekannten Hepparolen und Lügen des Maslowtrios.“

Jedoch kein Geschrei über die „Feinde des Kommunismus“, die „Erklärung der Renegaten“ kann den Oppositionsheld in der KPD, beschwichtigen. Die Rote Fahne schreibt und lobt, kündigt neue Ausschüsse an und fährt diesmal sogar eine große Klopsmaschine auf. Man lese wörtlich:

„Die Mitgliedschaft wird jeden zum Teufel jagen, der die Parteieinheit antastet. Sie wird die Parteifeinde abschütten wie faule Früchte. Wenn die Urbahns und Schollem den Weg von Maslow und Korsch gehen wollen, kann man sie nicht daran hindern. Die Partei wird eher das Häuflein von Renegaten in Stücke spalten (horrr, Red.) ehe sie ihre eigenen Reihen spalten läßt.“

Wie oft hat man das nicht schon vernommen. Aber es nützt nichts, Herr Thälmann! Die Mächtig, die Sie einst riefen, werden Sie nicht los. Keine Rußlanddelegation kann darüber hinweghelfen, daß Rußland den Weg zum Kapitalismus geht und daß die westeuropäischen Parteien der Komintern bestimmte Handlungsergebnisse für die inner- und außenpolitischen Bedürfnisse des russischen Staatskapitalismus liefern sollen. Die Rebellion, die hiergegen in den eigenen Reihen mit einem wenn auch falschen Aufsatze und ausgelegten proletarischen Klassenbewußtsein geführt wird, — die kann kein Einheitskomitee, kein Reichserwerbslosenkongreß und keine Rote Fahne bändigen.“

Polens Finanznöte.

Ein interessanter Streit der Finanzminister.

Der Sejm wird sich in seiner am 20. September beginnenden Tagung mit der Bewilligung des Budgetprojekts für das 4. Jahresviertel 1928 befassen. Wie der Korrespondent des Soz. Pressendienstes erzählt, wird die Regierung im Hinblick auf die Gehaltsforderungen, die die Staatsbeamten angeht, der Aufbesserung der Gehälter für die Offiziere und Unteroffiziere geltend machen, am 20. September mit einer Vorlage bezüglich der Erhöhung aller direkten Steuern an den Sejm herantreten. Dieser Plan wird damit begründet, daß die Regierung bei dem gegenwärtigen Stand der Besteuerung nicht in der Lage sei, die Beamtengehälter zu erhöhen, was jedoch von der Beamtenchaft ganz entschieden gefordert wird, wobei mit weitgehenden Konsequenzen gedroht wird. In Sejmkreisen wird versichert, daß dieses Gesetz auf die ablehnendste Opposition stoßen wird. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß die Führer der christlichen Demokratie in Verhandlungen mit der Regierung eingetreten sind, um sie bei der kommenden Sejmession zu unterstützen, wofür die Partei gewisse Personal- und andere Vorteile zu erlangen sucht. Damit wäre die Abhängigkeit der Wladimir-Regierung von den reaktionären Rechtstendenzen endgültig festgelegt.

In Warschau erregt zur Zeit eine Auseinandersetzung zwischen drei ehemaligen Finanzministern, die sich gegenseitig Schiedungen und Schädigung des Staates vorwerfen, Aufsehen. Ueber diesen interessanten Streit berichtet der Ost-Express folgendes:

Im Sommer 1925 nötigte die zunehmende Finanznot den damaligen Finanzminister Grabki, neue Geldquellen zu suchen. Gegen die Opposition gewisser Gruppen, aber mit Zustimmung der Mehrheit des Sejms, führte er das Zündholzmonopol ein, verpachtete es an einen schwedisch-amerikanischen Trust und verlangte von diesem eine Anleihe von 6 Millionen Dollar für die Staatskasse, die er zur Hilfeleistung während der Hochwassernot und Unterstützung der schlechten Kohlengruben verwendete. Nach Grabkis Rücktritt begann eine Kampagne gegen ihn, die besonders von den ehemaligen Finanzministern Byrka und Michalski geführt wurde. Die Gegner behaupteten, der Trust sei durch die erwähnte Transaktion geschädigt worden, hohe Beamte des Finanzministeriums hätten vom Trust Bestechungsgelder empfangen und Grabki mühte vor den Staatsgerichtshof zitiert werden. Es wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission gebildet, deren Bericht in diesen Tagen abgeschlossen werden soll. Grabki richtet nunmehr einen offenen Brief an den Sejmarschall und fragt Michalski und Byrka an, sie hätten sich nur an ihm rächen wollen, weil er ihnen seinerzeit die geforderten einträglichen Bankposten nicht gegeben hätte. Da sich also drei Finanzminister gegenseitig Unrechlichkeiten vorwerfen, erregt dieser Streit in politischen Kreisen großes Aufsehen.

Der amerikanische Finanzberater der polnischen Regierung, Professor Kemmerer, wird am 17. September von hier abreisen. Die polnisch-amerikanische Handelskammer wird ihm ein Abschiedsfecht geben. Wie die sozialistische Zeitung Robotnik mitteilt, soll die Million Kommercers dem polnischen Staat Unkosten in Höhe von 2 Millionen Dollar verursacht haben. Das Blatt fordert im Zusammenhang damit die Regierung auf, über die Ausgaben für die Million genauestens Rechnung zu legen.

Volk und Justiz.

SPD. Köln, 14. September.

In Verbindung mit der in Köln stattfindenden Juristen-Tagung kam es gestern abend zu einer wichtigen Kundgebung im Volkshaus. Die Genossen Dr. Eisler und Renner, Wien, Dr. Rosenfeld und Ruben, Berlin, und Genosse Kirschmann, Köln, sprachen zum Thema „Volk und Justiz“. Die letzten drei kennzeichneten in gebührender Weise die herrschende Justiz. Genosse Eisler sprach über die Frage der Strafrechtsreform vom Gesichtspunkt Oesterreichs aus, und Genosse Renner ging auf die Ursachen der Klassenjustiz und auf die Mittel, ihr abzuhelfen, ein. Genosse Renner erklärte, daß die Vertrauenskrise der Justiz teilweise durch das mangelnde Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse selbst verschuldet sei. Sie schenke der Rechtspflege zu wenig Aufmerksamkeit. Rechtsbewußtsein ist aber eine Macht. Die Richter sind heutzutage immer noch Herren- und Fürstentum nicht aber Diener des Volkes und des Staates. Es gilt, ihnen Respekt vor der Majestät des Volkes einzufößen. Sie können auch auf Grund ihrer sozialen Lage dem Proletariat kein Verständnis entgegenbringen, und darum gilt es, einen neuen Richterstand zu schaffen. Die Arbeiterkinder müßten sich dem juristischen Studium widmen, und es muß dafür Sorge getragen werden, daß sie der Arbeiterklasse später nicht entfremden. Andererseits muß sich die Arbeiterklasse verpflichten, diejenigen Richter, die zur Republik und zur Arbeiterklasse halten, tatkräftig und moralisch zu unterstützen.

Landbund und Bauern.

Der Landbund, der von den deutschnationalen beherrscht wird, umfaßt Großagrarien und Bauern. Er ist eine Organisation der Wölfe mit den Schafen. Die Großagrarien benehmen den Landbund als Sturmbod für ihre Pläne, und die Bauern haben den Schrecken. Wehe, wenn ein Bauer es wagt, die Interessen des Großgrundbesitzes zu verletzen.

Im Kreise Rammin in Pommern beschäftigte sich der Kreistag mit der Besetzung der Steueraussschüsse. Handwerker, Sozialdemokraten und Bauernvertreter verblieben sich, und die Bauernvertreter stimmten für einen Sozialdemokraten, obwohl sie Mitglieder des Landbundes waren. Darob tiefes fittliches Empörung bei den großagrarischen Mitgliedern des Landbundes und der Vorstände des Pommerschen Landbundes, v. Flemming-Paasch, zugleich Vorsitzender der Kreisgruppe Rammin der deutschnationalen Partei, verfügte sofort den Ausschluß der fünf bäuerlichen Kreisabgeordneten aus dem Landbund.

Immerhin, man muß es zugeben, haben die Bauern die deutschnationalen Junter schwer gereizt. Vieles hätten sie sich viel leichter lassen, aber durch den Sozialdemokraten in die Gefahr zu kommen, ehlich Steuern zahlen zu müssen, auch noch für die Republik, das war zu viel.

Am die verbotene Standarte.

SPD. Bei dem preussischen Minister des Innern ist die Beschwerde gegen das Verbot der Standarte, Wochenchrift des neuen Nationalismus, eingegangen und, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, an den Vorstehenden des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik weitergeleitet worden. Der Minister hat sich dabei dahin geäußert, daß er nicht in der Lage sei, das Verbot aufzuheben. Vielmehr tritt er der Auffassung des Oberpräsidenten in allen Punkten bei und hält die Verbotsdauer von drei Monaten im Hinblick auf die Schwere des Verstoßes noch für sehr gering bemessen. Der Minister beantragt daher beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, die Beschwerde als un begründet zurückzuweisen.

Reichsrecht und Verfassung.

SPD. Der Gesetzentwurf über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts ist Ende voriger Woche dem Reichsrat vorgelesen worden. Nach dem Entwurf sollen Reichstags, Reichsrat und Reichsregierung das Recht haben, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen, wenn Zweifel darüber bestehen, ob eine als Gesetz oder Verordnung verfaßte Rechtsvorschrift des Reichsrechts mit der Reichsverfassung im Widerspruch steht. Ausgenommen sind in diesem Gesetzentwurf die Verträge mit fremden Staaten und die durch sie bedingten Gesetze.

Wiedergutmachung eines Justizverbrechens?

Dehham (Massachusetts), 14. Sept.

Heute begann die Verhandlung zwecks Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die radikalen Arbeiteragitatoren Sacco und Banzetti, die 1921 wegen eines angeblichen Mordes zum Tode verurteilt worden waren. Zunächst wurde ein Geständnis des wegen Mordes zum Tode verurteilten Celestino Madeiro verlesen, in welchem dieser ausführt, er sei 1920 an dem Raubmord beteiligt gewesen, für den Sacco und Banzetti verurteilt wurden. Die Entscheidung wird Ende der Woche erwartet.

Rom und Mexiko.

TU. Newyork, 14. September.

Das mexikanische Episkopat hat beschlossen, den Erzbischof von Guadaluajara nach Rom zu senden, wo er Bericht über die Lage der katholischen Kirche in Mexiko erstatten soll. Der Erzbischof vertritt die Richtung, die jegliche Kompromisspolitik mit der mexikanischen Regierung ablehnt. In mexikanischen katholischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Vatikan alle katholischen Länder veranlassen wird, die mexikanischen Waren so lange zu boykottieren, bis die Verhältnisse in Mexiko sich zugunsten der katholischen Kirche gebessert haben.

Kriegsgerichtsurteil gegen die spanischen Offiziere

Paris, 14. September.

Havas meldet aus Madrid: Das Kriegsgericht in Segovia hat den Leiter der Artillerieschule zum Tode verurteilt. Auf Vorschlag der Regierung hat der König diese Strafe auf dem Gnadenwege in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Etwa 30 Offiziere derselben Schule wurden zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Reichsparteiausschluß der Zentrumspartei.

Die bereits angekündigte Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums findet laut Germania am 31. Oktober in Erfurt statt. Am 30. Oktober wird ebenfalls in Erfurt eine Sitzung des Reichsparteivorstandes abgehalten werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Johannes Kreyen in Leipzig. Verantwortlich für den Inzeratenteil: Hugo Seyffand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Kratze macht sich bei Wärme häufig durch Juckreiz bemerkbar. Das Spezial-Kratze-Mittel hilft sicher. Allein acht König-Salomo-Apotheke (Ecke Nikolaistr.). Postvorsand nach auswärt. Grimmische Str. 17

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Gewerkschaftskampf ist notwendig!

Verflechtung der Arbeitsverhältnisse in der bayerischen Metallindustrie.

Unterstützung der Pläne der Metallindustriellen durch den Landeschlichter.

Wie lesen in unserem Augsburger Parteiblatt: Mit Empörung hat die Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen, daß der Verband bayerischer Metallindustrieller durch Kündigung des Kollektivabkommens für die bayerische Großstadtmetallindustrie seit Mitte des Jahres versucht hat, die an sich nicht günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in rückwärtsloser Weise zu verschlechtern.

Lohnreduzierungen für Arbeiter bis 14 Pfg., für Arbeiterinnen bis 10,5 Pfg. pro Stunde, Reduzierungen der tausenden Markte bis zu 33 Prozent zu verlangen, Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse in weitestgehender Weise (es sei nur auf einige Fälle hingewiesen: Kürzung des Urlaubs, Beseitigung der sozialen Zulagen, Entzerrung der Gehaltsbestimmungen und Vergütungen aus dem Tarifvertrag, an Stelle der Dreifachlohn in den kontinuierlichen Betrieben, Einführung der Zweifachlohn, Einführung der geteilten Arbeitszeit, Prozente für Überstunden erst dann zu bezahlen, wenn die 44stündige wöchentliche Arbeitszeit erreicht, Sonntagsarbeit anstatt wie bisher mit 50 und 100 Prozent, mit 25 und 40 Prozent zu bezahlen, Beseitigung des Zuschlags für Nacht- und Wechsellohn, überhörsfähige Bezahlung für besondere Leistungen in Wegfall zu bringen usw.), muß als rückwärtslos und unerhört bezeichnet werden.

Verbesserungsvorschläge der Metallarbeiterverbände über Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden rundweg abgelehnt. Am 14. Juli wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die Mantelbestimmungen wesentlich verschlechtert, außerdem noch die Löhne teilweise vermindert wurden. Würde der Schiedsspruch Rechtskraft erhalten haben, so würde die Arbeiterchaft erheblich in ihren wöchentlichen Verdiensten einbüßen. Das Monstrum eines Schiedsspruches mit solchen Verschlechterungen mußte abgelehnt werden. Das Staatsministerium für Soziale Fürsorge führte sich verpflichtet, in dieser Sache einzugreifen und hat deshalb die beiden Parteien zu einer Aussprache eingeladen, um zu versuchen, in dieser Lohn- und Tarifstreitfrage eine Verständigung zu erzielen. Dieses war jedoch nicht möglich, weil von Seiten des VVM. das notwendige Entgegenkommen nicht gezeigt wurde. Zusehends erweiterte der Vertreter des Sozialministeriums den beiden Parteien einen Vorschlag, welcher einige Verbesserungen gegenüber dem erwähnten Schiedsspruch brachte. Weil auch durch diesen Vorschlag die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch wesentlich verschlechtert blieben, mußte dieser abgelehnt werden.

Das Reichsarbeitsministerium hatte bei der großen Bedeutung dieser Lohn- und Tarifstreitfrage ein Interesse und legte deshalb dem Landeschlichter in München nahe, in diese Streitfrage einzugreifen. Dieser hörte zunächst die beiden Parteien und setzte dann einen Termin für ein neues Schiedsverfahren auf 27. August fest. Bei Eröffnung dieser Verhandlung hat der Landeschlichter in den Vorbergründungen festgestellt, daß er Offizier sei und durch seine langjährige Erfahrung einen weitgehenden Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse habe.

Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der nicht einmal den Vorschlag des Vertreters vom Sozialministerium (welcher, weil nicht weitgehend genug, abgelehnt wurde) berücksichtigte. Die eingehende Begründung der Arbeitervertreter über die vollst. unberechtigten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie durch den VVM. verlangt wurden, und über die absolute Notwendigkeit, auf Grund der seit Monaten zunehmenden Teuerung eine Erhöhung der Löhne anzustreben, sowie die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, sind von ihm nicht beachtet worden.

Das Elend der Arbeiterchaft ist so ungeheuerlich, die Unterernährung, die Tuberkulose in den Familien hat solche Fortschritte gemacht, daß diese als entsetzlich bezeichnet werden müssen. Trotzdem die Teuerung seit Monaten zugenommen hat, trotzdem die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterchaft in der bayerischen Großstadtmetallindustrie nicht günstig waren (die Arbeitsleistung im höchsten Maße verlangt), hat der Herr Landeschlichter die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterchaft in der Großstadtmetallindustrie in dem Schiedsspruch wesentlich verschlechtert. Einem solchen Schiedsspruch konnte die Arbeiterchaft ihre Zustimmung nicht geben; es laßt deshalb die Verantwortung auf dem Landeschlichter für das, was sich in nächster Zeit entwickeln kann!

Die Kämpfe in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie.

Im Bodumer Volksblatt schreibt Karl Wolf: Die drei Metallarbeiter-Verbände haben den Lohn- und Arbeitszeitvertrag gelündigt. Beide Kündigungskrisen laufen am 30. September ab. In der Bergwerkzeitung versucht ein gewisser S., wohl im Auftrage des Arbeitgeberverbandes der Nordwestfälischen Gruppe, den Nachweis zu erbringen, daß die Gewerkschaften eigentlich gar keine sachlichen Gründe hätten für die Kündigung der Verträge.



Allein bist du nichts...

den Verträge. Der Bezirksleitung des VVM. glaubt man anhängen zu müssen, sie habe die Kündigung nur deshalb empfohlen, weil das (kommunistische) Ruhr-Echo wochenlang in seiner gewöhnlichen marxistischerischen Weise die Kündigung verlangt habe. Ach nein! Zeit können wir es ja ruhig verraten: in der Körperchaft, in der die Kündigung einstimmlig beschlossen wurde, war von 38 Vertretern nur ein Kommunist anwesend. Alle erprobte Funktionäre waren es, die sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind. Und rein sachliche Gründe waren die Ursache der Kündigung. Die Arbeitszeit, wie sie zur Zeit für die Betriebe der Nordwestfälischen Gruppe besteht, ist einfach unhaltbar. Eine fünfjährig verschlechte Arbeitszeit ist maßgebend.

1. Hochofenarbeiter, soweit sie unter die Verordnung vom 20. Januar 1925 und die Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1925 fallen mit achtstündiger Arbeitszeit. Die Zahl der Glühbläser, die unter diese Verordnungen fallen, ist jedoch außerordentlich gering. Es sollen ja doch nur diejenigen sein, die unmittelbar am Hochofen beschäftigt sind, es sind etwa ein Drittel der Hochofenarbeiter.

2. Die nächstfolgenden Kategorien sind die übrigen Arbeiter am Hochofen, wie Eisenhauer, Schlackenarbeiter, Apparatewärter, Gießmaschinenführer u. a., die immer noch die zweifache Schicht verfahren, d. h. 12 stündige Anwesenheit! Es soll ihnen zwar eine zweifelhafte Pause gewährt werden, diese kann der betreffende Arbeiter aber nur dann erhalten, wenn kein Nebenmann ihn vertritt. Eine wöchentliche Arbeitszeit bis 80 Stunden und mehr sind zu verzeichnen.

3. Diesen Gruppen folgen die Stahl- und Walzwerksarbeiter mit einer wöchentlichen durchschnittlichen Arbeitszeit von 59 Stunden. Die Arbeitszeit beginnt Montags früh 6 Uhr und endet für die Tagelöhner Samstag mittags 2,30 Uhr, für die Nachtlohnarbeiter Sonntag früh 12 Uhr. Ein Versuch der Gewerkschaften, für diese Arbeiter einen früheren Schichtwechsel zu bekommen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, noch vor Mitternacht ihre Wohnungen zu erreichen, und evtl. Verkehrsmittel zu benutzen, wurde durch einen Schiedsspruch vom Reichsarbeitsministerium vereitelt. Arbeiter dieser Betriebe, die weitab wohnen, haben natürlich keine andere Möglichkeit, als bis Sonntag früh bis zu den ersten Zügen im Betrieb zu bleiben und sind dadurch gezwungen, unfreiwillig ihre Arbeitszeit zu verlängern.

4. Eine vierte Gruppe stellen die Ofenleute der Martinwerke dar, die bereits Sonntags abends ihre Schicht beginnen müssen, um die Vorbereitungsarbeiten zu leisten. Von diesen wird eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 68 Stunden verlangt.

5. Die fünfte Gruppe sind die Arbeiter der weiterverarbeitenden Betriebe, Maschinenfabriken, Eisereien usw. mit einer 56stündigen Arbeitswoche.

Nationalisierung ist das Schlagwort der Gegenwart. Spezialisierung und Steigerung der Kapazitäten sind in den meisten Betrieben durchgeführt. Ein treffliches Beispiel zeigt uns ein großes Hüttenwerk, das im Juli 1925 mit 13 250 Arbeitern 93 000 Tonnen produzierte und im Juli 1926 125 100 Tonnen mit einer Belegschaft von 10 950 Mann. Also ein Abbau der Belegschaft um 2300 Mann gleich 17 Prozent und eine Steigerung der Produktion um rund 30 Prozent.

Und nun zur Lohnfrage. Im Juni 1926 wurden die Löhne der Facharbeiter von 66 auf 70 Pfg., die der Hilfsarbeiter von 52 auf 55 Pfg. durch Schiedsspruch erhöht. Das brutale Vorgehen der Unternehmer, die damals drohten, wenn der Schiedsspruch verbindlich erklärt würde, 5 Prozent der Belegschaften entlassen zu wollen, und dieses auch durchzuführen, sei besonders in Erinnerung gebracht. Ein erneuter Versuch, eine Lohnserhöhung zu erhalten im Oktober 1925, führte zu keinem Erfolg. Im Februar, März 1926 legten die Massenentlassungen und Stilllegungen ein. Dieser Druck wurde außerdem noch verstärkt durch Kürzung der Afforde und Prämienläge von 10 bis 30 Prozent. In der bangeren Sorge um den Arbeitsplatz sind dann auch Leistungen vollbracht worden, die beispiellos sind, die aber auf der anderen Seite Schädigungen der Gesundheit und Arbeitskraft mit sich bringen mußten, die ebenfalls beispiellos sind. Lassen wir die amtlichen Zahlen der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaften stehen:

Sektion	Jahr	Zur Anzeige gelangte Unfälle auf 1000 Versicherte	
		Insgesamt	Berufliche
1 Essen	1921	3982	87,2
	1922	3479	76,9
	1923	3481	117,4
	1921	7989	94,5
	1922	8707	95,22
2 Oberhausen	1921	1097	57,33
	1922	1599	46,57
	1923	2593	110,0
	1921	2895	68,5
	1922	3229	67,76
3 Düsseldorf	1921	3213	103,4
	1922	2958	92,6
	1921	3413	92,86
	1922	4667	181,5

Die enorme Arbeitsleistung bringt naturgemäß auch einen kleinen Anteil für den Arbeiter. Dieser ist aber so gering, daß gemessen an der Schädigung der Gesundheit, von einem großen Nachteil gesprochen werden muß. Der Facharbeiterlohn beträgt 70 Pfg. Die nicht im Afford arbeitenden Arbeiter erhalten dazu Zuschläge bis höchstens 10 bis 12 Pfg., also 80 bis 82 Pfg., und die im Afford arbeitenden Arbeiter, das Gros, kommen bei angestrengtester Leistung bis 84,2 Pfg. im Durchschnitt. Ist das bei einer Goldentwertung von über 40 Prozent eine Entlohnung für einen gelernten Facharbeiter?

Aus sachlichen Gründen fordern die Gewerkschaften: 1. Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit und der dreigeteilten Schicht für die Hütten- und Walzwerksbetriebe. 2. Eine Erhöhung des Verdienstes um 15 Prozent. Notwendige Änderungen der Affordgrundlagen und Prämienläge sind mit den vertragstretenden Gewerkschaften zu regeln.

Achtung, Maler, Lackierer und Anstreicher.

Zur Werbemasche für die Gewerkschaftsbewegung findet am Freitag, dem 17. September, auf allen Arbeitsstellen eine allgemeine Buchkontrolle statt. Wer kein Buch vorzeigt, ist als Unorganisiert anzusehen und in den Verband aufzunehmen. Dieser Beschluß ist auf allen Arbeitsplätzen strikte durchzuführen. Die Lehrkurse nehmen an der Jugendveranstaltung heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Volkshaus teil. Dieser Zettel ist auszuschneiden und auf allen Arbeitsstellen sofort auszuhängen.

Verband der Maler, Lackierer usw., Filiale Leipzig.

Die kritische Lage in Hamburg.

Aus Hamburg wird uns zu der Bewegung der Hafen- und Werftarbeiter geschrieben:

Bei den Hafenarbeitern steht neben einer erstrebten Lohnaufbesserung im Vordergrund die Forderung nach einer einheitlicheren Regelung der Arbeitszeit und Einstellungsverhältnisse. Es gibt heute unter den Hafenarbeitern zwei Gruppen, die ständig und die unständig Beschäftigten. Die Arbeit von beiden Gruppen in drei Schichten von je 8 Stunden ausgeführt werden. Während nun von den unständig Beschäftigten Tag für Tag hunderte keine Arbeit erhalten können, wird ein großer Teil der Beschäftigten von den Unternehmern gezwungen, Doppelschichten zu leisten, d. h. 16 Stunden hintereinander zu arbeiten. Der Vorteil für die Unternehmer liegt dabei auf der Hand. Erstens wird ihnen die Unterbrechung der Arbeit, die durch den Wechsel an sich entsteht, erspart, und zweitens für eine Schicht der Transport der Leute von und nach der Arbeitsstelle, der fast stets durch Schlepper und Barlassen vorgenommen werden muß. Aus eben diesen Gründen haben auch die Unternehmer bei allen bisherigen Verhandlungen stets versucht, das Dreifachschichtensystem, das die Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit gewährleisten könnte, wenn nicht außer den Doppelschichten auch noch Überstunden zwangsweise geleistet werden müßten, in ein Zweifachschichtensystem mit dementsprechend verlängerter Arbeitszeit umzuwandeln. Unter Berücksichtigung der Beschäftigungslosigkeit eines großen Teils der Hafenarbeiter ist die Forderung der Arbeitervertreter auf Beibehaltung des Dreifachschichtensystems, nach einer Befreiung der Doppelschichtenarbeit und nach dem Fortfall des Überstundenzwanges nur zu berechtigt. Außerdem fordern die Hafenarbeiter eine Heraushebung der Löhne um 20 Prozent und eine Urlaubsbewilligung auch für die unständig Beschäftigten. Der Verdienst eines Hafenarbeiters stellt sich heute unter Zugrundelegung des Achtstundentages auf 7,20 M. pro Tag. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß abgesehen von den unständig beschäftigten Leuten bei der Eigenart der Arbeitsweise auch die ständig Beschäftigten durchweg nicht an allen Wochentagen arbeiten können, so daß also teilsweise von einem Bruttolohn von 6x7,20 M. = 43,20 M. pro Woche gesprochen werden kann. Es kann höchstens etwa 35 M. pro Woche für die ständig Beschäftigten als Norm bezeichnet werden (Doppelschichten und Überstundenverdienst ausgeschlossen).

Bei den Werftarbeitern dreht sich der Streik erstens um die Wiedereinführung des Achtstundentages, zweitens ebenfalls um die Lohn- und Urlaubsfrage. Den Unternehmern war es vor Abschluß des jetzt gekündigten Tarifes gelungen, für die Werften einen neunstündigen Normalarbeitstag durchzusetzen. Die Beibehaltung dieser neunstündigen Arbeitszeit fordern die Unternehmer bis zum September 1928. Irrenden einen sachhaltigen Grund hierfür anzugeben, werden sie schwerlich in der Lage sein. Der Beschäftigungsgrad auf den Werften ist nach wie vor äußerst niedrig. Es finden noch fortgesetzt Arbeiterentlassungen statt, und voraussichtlich wird eine der nächsten Hamburger Werften zu Ende des Jahres ihren Betrieb stilllegen. Bei einer weiteren Hamburger Werft ist deren zweites Werk in den letzten Tagen stillgelegt worden; auch ist die Frage der Ruhrarbeit bereits in Erwägung gezogen. Zur Lohnfrage ist zu sagen, daß die heutigen Werftarbeiterlöhne bescheiden niedrig sind; sie betragen 56 Pfg. für ungelernete, 65 Pfg. für angelernte und 70 Pfg. bis 74 Pfg. für hochqualifizierte gelernte Leute. Diese Eckdaten durchzudenken, war den Unternehmern nur gelungen, weil sie die schlechte Konjunktur der Werften ins Treffen führen konnten. Mit der gleichen Begründung fordern sie heute einen Abbau von 4 Pfg. auf die genannten Löhne. Demgegenüber beantragen die Arbeiter eine Heraushebung der Löhne auf 80 Pfg. für Gelernte, 72 Pfg. für Angelernte und 65 Pfg. für Ungelernete sowie eine Aufbesserung von 25 Prozent für Überstunden. Als letzten Punkt beantragten die Unternehmer eine Streichung des Urlaubs für die Arbeiter. Selbstverständlich werden die Arbeitervertreter auch diese Forderung ablehnen.

Die bisherigen Verhandlungen der Organisationen sind völlig ergebnislos verlaufen. In beiden Fällen sind Schlichtungsausschüsse berufen worden, um eine Einigung herbeizuführen.

Internationaler Bergbaukampf?

U. London, 14. September. Die englische Bergarbeiter-Gesetzliche beschloß heute unter dem Eindruck des von den Grubenbesitzern abgelehnten nationalen Lohnabkommens, den Streik mit allen Mitteln fortzusetzen und der Regierung jede Initiative zur Beilegung des Streikes zu überlassen.

SPD. Amsterdam, 14. September. Die Bergarbeiter-Internationale hat zum 30. September eine Sitzung nach Ostende einberufen, um für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen im englischen Kampf eine internationale Streikaktion zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter einzuleiten. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bisher, abgesehen von 1 1/2 Mill. Gulden Darlehn, 225 000 Gulden als Beitrag der Landeszentralen für die englischen Bergarbeiter überwiesen.



Wecint, eine Macht!

Diese Woche muß jeder für seine Gewerkschaft werben!

Auch eine Kriegergräberfürsorge.

Schon wieder ein vaterländischer Skandal.

Es ist menschlich schön und verständlich, daß die Hinterbliebenen der Gefallenen das Verlangen haben, die Stätte, da ihre Väter, Söhne, Brüder zur Ruhe bestattet wurden, gepflegt, in Stand gehalten, geschmückt zu wissen.

Der einzelne kann das nicht. Deshalb hat man eine Organisation gegründet. Sie nennt sich Kriegergräberfürsorge.

Natürlich muß für diesen Gedanken auch Propaganda gemacht werden. Gelder müssen gesammelt, Vorträge, möglichst mit Lichtbildern, gehalten werden. Dazu eignen sich nun am besten frühere Offiziere und Geistliche. Man kann solche Dinge im Hauptamt, man kann sie auch als Ehrenamt betreiben — Hauptsache ist, daß recht viel Geld zusammenkommt. Am praktischsten und offenbar erfolgreichsten ist es, in den Kirchen zu sammeln. Eine schöne Predigt begeistert für den Tod fürs Vaterland, warum soll sie nicht auch nachher für eine Ausschmückung der Gräber begeistern.

Schön. Ich sage nichts dagegen. Wir haben ja so viel Geld. Aber da gab es nun einen Reichswehrleutnant Kurt Moser. Als er von der Reichswehr wegging, wurde er Bankbeamter, dann Weinhändler. Und als früherer Reichswehrleutnant war er ferner geizig, Rechner bei der Kriegergräberfürsorge in Baden zu werden. Warum auch nicht: er war ein nationaler Mann, ein vaterländischer Mann, Sohn einer Offiziersfamilie, Mutter von Adel, Vater sehr reich, also wie geboren, mit nationalen Gedanken umzugehen.

Aber selber war er auch noch ein Mann schlechthin: das heißt, genau gesagt, ein Wesen männlichen Geschlechts. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine Tänzerin, die sich Kossow nannte, aber eigentlich Anna Beck hieß, auf ihn einen sehr starken Eindruck machte.

Tänzerinnen pflegen viel Geld zu brauchen. Auch von der Kossow, die abwechselnd in Baden-Baden und Karlsruhe wohnte, war, ist das gerichtsnotorisch festgestellt. Und da war ferner ein Herr Egon Marcion, ihr Freund, ihr Bräutigam oder wie man das nennen will. Zuhälter wäre zu groß; dafür waren die Summen, um die es sich handelte, zu groß.

Der frühere Reichswehrleutnant, jetzige Kaufmann Moser hatte zwar kein großes Einkommen. Aber da war immerhin die Kasse der Kriegergräberfürsorge. Dahinein floß reichlich Geld. Nicht wahr, wer wird nicht gerne geben dafür, daß die Gräber seiner Lieben in Feindesland würdig in Stand gehalten werden! Moser, der ehrenamtliche Rechner, brauchte nur aus dieser Kasse Geld abzuheben, und siehe: Fräulein Kossow konnte als Gräfin Maria sich auf einem Maskenball prälatieren lassen. (Kostenpunkt 4000 Mark.) Der Filziogger Moser konnte mit ihr schöne und vornehme Reisen unternehmen; daswischen freilich war es notwendig, im Lande herum teils vorgeblich, teils heimlich, verfaßte Vorträge zu halten, in denen man auf die heilige Pflicht aufmerksam machte, für die deutschen Soldatengräber in Feindesland zu sorgen. Na, es rentierte sich ja.

Aber vorweggenommene Hochzeitsreisen haben manchmal Folgen. Und die Bekämpfung solcher Folgen kostet verdammt viel Geld. Aber wozu ist die Kriegergräberfürsorge da! 10 000 Mark für eine Abreise ist reichlich gut bezahlt; indes — was tut man nicht für tote Menschen!

Die Fürsorge des Herrn Leutnants für — nein, nicht für die Kriegergräber, sondern für Fräulein Kossow, alias Anna Beck, kostete insgesamt die Kleinigkeit von 33 400 Mark. Alles Geld, das in diesen kleinen Scherlein von Witwen und Waisen gesendet war. Dreizehntausend Mark sind kein Pappenstiel, nicht einmal ein vaterländischer.

Aber schließlich kommen solche Dinge auch einmal ans Tageslicht.

Das Schöffengericht in Karlsruhe verurteilte den früheren Reichswehrleutnant Moser wegen Untreue in teilweisem Zusammenwirken mit Unterschlagung und Beihilfe zur Abreise um drei Jahren Gefängnis.

Peinlich, daß solche Dinge bei vaterländischen Einrichtungen immer wieder passieren. Sehr peinlich.

Bundestag des Butab.

Den Hauptteil der Tagung am Dienstag nahmen die Berichte der Ausschüsse und die Aussprache darüber ein. Eine längere Debatte entfaltete der Vorschlag des Haushaltsausschusses, den Anteil der Ortsverwaltungen an den Einnahmen des Bundes auf 12½ Prozent, wie bisher, zu belassen und die Anträge, die eine Erhöhung des Anteils auf 15 bzw. 20 Prozent forderten, abzulehnen. Der Bundestag trat dem Vorschlag des Haushaltsausschusses in seiner Mehrheit zunächst nicht bei und beschloß mit 36 gegen 35 Stimmen, den Anteil generell auf 15 Prozent festzusetzen. Er revidierte diesen Beschluß aber am Schluß der Debatte, da durch die Erhöhung des Anteils Abstriche am Haushaltsplan notwendig geworden wären, die der Mitgliedschaft nicht förderlich sein würden, und beschloß in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 30 Stimmen, es bei dem bisherigen Satz von 12½ Prozent zu belassen. Die Anträge auf Erhebung eines Eintrittsgeldes und auf Festlegung eines

einheitlichen Beitrages wurden abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde die vom Bundesvorstand beantragte Einführung einer neuen, höheren Beitragsklasse beschlossen, so daß die Monatsbeiträge nunmehr ab 1. November betragen: bei einem Einkommen bis zu 100 Mark monatlich 2 Mark, bis zu 150 Mark 3 Mark, bis zu 225 Mark 4 Mark und über 225 Mark 5 Mark. Nach dem erstatteten Bericht des Beschwerdeausschusses wurde dem bisherigen Bundesvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme:

Der Nachwuchs für den technischen Beruf steht insbesondere seit Kriegsende in schärfstem Mangel zum Bedarf und zur Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft. Nicht nur die gegenwärtige Wirtschaftskrise, sondern noch viel mehr die schrankenlose Heranzüchtung von Berufsarbeitern in den technischen Hoch- und Fachschulen hat zu der ungeheuren Erwerbslosigkeit und der damit verbundenen Not der technischen Angestellten beigetragen. Der fünfte ordentliche Bundestag des Butab erwartet daher von den maßgebenden Stellen die schleunigste Durchführung der vom Bund bereits bis Juni d. J. der Reichsregierung und den Regierungen der Länder unterbreiteten Vorschläge. Weiter wird gefordert, daß die privaten technischen Lehranstalten, soweit eine Vertastung nicht durchführbar ist, unter die gleiche staatliche Aufsicht wie die staatlichen Lehranstalten gestellt werden. Dem Bund ist als Vertretung der technischen Angestellten und Beamten die offizielle Mitarbeit in den Schulratoren und Prüfungsausschüssen zu ermöglichen. Die unerträglichen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Techniker bedingen eine eingehende Prüfung, wie die Besucherzahl der technischen Lehranstalten eingeschränkt werden kann.

In einer weiteren, ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließung wird dringend die Schaffung eines Reichsberufsschulgesetzes sowie die einheitliche Regelung der Ausbildung der Gewerbetreibenden und die organisatorische Eingliederung der Werkstätten in die öffentlichen Berufsschulen gefordert.

Der Bundestag protestiert in einem weiteren Beschluß gegen die von den Behörden unterlassene Werbung und Propaganda für die Technische Nothilfe an den technischen Hoch- und Mittelschulen.

Als Tagungsort für den nächsten Bundestag sollte als Sitz des Beschwerdeausschusses bestimmte der Bundestag München.

Der Fall Matteotti *

Wir bestreiten entschieden, daß der Faschismus eine Revolution ist; bestreiten aber noch entschiedener jeglicher revolutionären Bewegung das Recht, sich durch Uebnahme der Verantwortung gemeiner Verbrechen zu behaupten, die außerhalb dem jeder Revolution innewohnenden Angriffs- oder Verteidigungsrecht liegen. So präpariert der ungenannte Herausgeber einer Schrift über den Fall Matteotti seine Stellung. Diese Schrift erscheint als erste Nummer einer Folge antisfaschistischer Materialsammlungen des neugegründeten italienischen Emigrantenverlags Egoria in Toulouse (Südost-Frankreich) und behandelt den Matteotti-Mord hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der kriminellen Verantwortung Mussolinis. In knapper Form wird das politische Milieu zur Zeit der Ermordung, der Ueberfall auf Matteotti am Lango Tevere Arnaldo da Brescia, die personellen Zusammenhänge von Urheber und Ausführer, die Aussagen Fingis, Filippini und Cesare Rossis, die Rolle der Behörden bei der Untersuchung sowie die Stellungnahme des Königs geschildert und durch den Abdruck einer Reihe Dokumente — unter denen auch der stenographische Bericht über Matteottis letzte Rede im Parlament skizziert — illustriert.

Ein grauenhaftes Bild von Korruption, Feigheit und gewalttätiger Brutalität des faschistischen Regimes entrollt sich hier und lei zur Beachtung derjenigen empfohlen, die das Prinzip demokratischer Verantwortlichkeit allzu leicht glauben entbehren zu können. Die Schlussfolgerungen der Schrift spielen in der Anlage Mussolinis, als direkten Urheber des Mordes an dem ihm unabweisbaren politischen Gegner. Neben der Erwähnung ähnlicher Fälle wie die Angriffe auf Misuri, Forni, Amendola u. a. ergeben dann Rolle und Beschaffenheit der geborgenen Mordtechnik, die Willkürhaftigkeit bekannter Haupter des Faschismus und die Vertuschungsmanöver unter Führung des damaligen Chefs der Sicherheitspolizei (jetzt Gouverneur von Tripolitanien) De Bono die Umrahmung zu diesem Stimmungsabbild einer Verbrecherclique am Staatsruder — in der gläubig-objektive Bürger des Auslandes die Ketter aus dem Sumpf parlamentarischer Verkommenheit zu sehen glauben. Keineswegs verwunderlich sind in dieser Atmosphäre die Kraftausbrüche Mussolinis und seiner Presse, die je nach Bedarf die faschistische Volksschule zum Kochen bringen oder die der öffentlichen Meinung der Welt zur Beruhigung dienen sollten. Ueber den Fall Matteotti hinaus sind auch die zitierten Ausführungen Gaetano Salvemini über die Haltung des Monarchen und die vielleicht allzu legale Taktik der Opposition im Jahre 1924 von politischem Interesse und teilweise sicher zutreffend, wenn gleich für die Sozialisten heider Richtungen in jener Epoche noch wesentlich andere Motive als nur die Rücksicht auf die Konstitution oder das Vertrauen auf den König für ihre damalige Taktik maßgebend gewesen sein dürften. Ross Reventlow.

* Matteotti, Fatti e Documenti, Verlag Egoria, Toulouse, Preis 5 Frank. (2. Auflage.) — Wie dem Daily Herald zu entnehmen ist, ist die Schrift auch heimlich in Italien eingeführt worden und wird von der italienischen Polizei eifrig aber erfolglos gesucht.

Aus der Umgebung

Böhlisch-Ehrenberg. Der Volkshor Böhlisch-Ehrenberg veranstaltet am 18. September im Ritterstädtchen Barnd, B.-G., einen Romantischen Abend. Eintrittspreis 50 Hg., Erwerbslose 25 Hg.

Greifsh. Die Zentralbibliothek, von Partei und Gewerkschaften geschaffen und über 800 Bände umfassend, ist jetzt wieder regelmäßig Sonnabends, nachmittags von 3 bis 4 Uhr, im Alten Schlüßhaus, zur Bücherausgabe geöffnet. Die Reichhaltigkeit der Bibliothek enthält für Genossinnen und Genossen etwas Wissens- und Lebenswertes. Sie sei deshalb zu reger Benutzung empfohlen.

Burgen. Schwere Autounfälle. Bei Horna, in der Nähe von Burgen, ist am Sonntagnachmittag, zwischen 3 und 4 Uhr, das Personauto eines Gutsrührer Kaufmanns verunglückt. Ein Insasse hat einen schweren Schädelbruch erlitten und ist in der Nacht zum Montag im Krankenhaus Burgen gestorben. Die Ehefrau des Besitzers und Führers trug Kopf- und Fußverletzungen davon und wurde ebenfalls nach dem Burgen Krankenhaus gebracht. Der Führer, der mit leichten Brustverletzungen davongekommen ist, wurde dem Amtsgericht in Burgen zugeführt. Die Erörterungen über die Schuldfrage sind vom Kriminalamt Leipzig ausgenommen worden.

Gerichtssaal

Momentbilder.

Aus der Untersuchungsakten wurde eine 28 Jahre alte Felsarbeiterin vorgeführt. Entsetzlich bleich, kränklich und verkümmert aussehend schritt sie gebückt zur Anklagebank. Vor ihrer Verhaftung war sie arbeitslos. Als Polin erhielt sie keine Erwerbslosenunterstützung. Lediglich die jüdische Gemeinde zu Leipzig unterstützte sie wöchentlich mit 7 Mk. Trotzdem sie bisher unbeschäftigt war, hatte man sie wegen folgender Baqatelle in Haft genommen. Eine Zeitung war sie bei einem Händler als Reisende tätig, da sie in ihrem Versteck keine Beschäftigung erhalten konnte. Das ganze Versteck erhellte traf sie nun doppelt schmerzhaft, da sie immer fränkter wurde. Wöchentlich verdiente sie oft nur 10 Mk. Um die Miete und den Brot bezahlen zu können, verpfändete sie in ihrer Not eine Wäschemulterkollektion für 28 Mk. Als sie wieder einmal weder ein noch aus mehrte, verpfändete sie noch eine Wäschegarnitur für 30 Mk. Vor Gericht stellte sie fassierte Beiträge in Höhe von 16,50 Mk. zurück. Die Beiträge zurückzubehalten und gegen ihre Provision aufzurechnen. Weiter hatte ein Bruder der Angeklagten die Fäden bereits wieder eingekauft, während seine Schwester 14 Wochen lang wegen Nieren- und Magenleiden im Krankenhaus lag. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 3 Wochen 5 Tage Gefängnis. Das Gericht hielt die Angeklagte bereits für genügend bestraft. Es warf 10 Tage Gefängnis aus, die durch die Untersuchungsakten verübt sind, so daß das Mädchen sofort in die Freiheit — ins Arbeitslohlenland gehen konnte.

Dieselbe Unsicherheit der Existenz hatte ein anderes alleinlebendes Mädchen auf die Anklagebank gebracht, allerdings nicht das erste Mal. Die Angeklagte war so arm, daß sie nur ein einziges zerstücktes Kleid besaß. Um bei schlechter Witterung wenigstens einigermaßen geschützt zu sein, nahm sie einen Summantel ihrer Mitbewohnerin mit. Außerdem hatte sie den Wohnungsschein immonenmeter mit. Außerdem verlor sie, da sie hungerte, für fünf Monate Gefängnis, für den Wohnungsschein drei und für den Mantel vier Monate! Das Gericht verurteilte die Weibende, die sich seit einem Monat in Untersuchungsakten befand, zu drei Monaten drei Wochen Gefängnis.

In das Gezeirne brünnlicher Rachen mischen sich in den Hinterhöfen oft marterstürende Töne von Musikinstrumenten, die der Volkstanz nicht ganz mit Unrecht zerwannt nennt. Da hat er sein Herz immer und immer wieder in Heidelberg verloren oder da hat es der Sonnenschein bis zum Erbrechen sein — wahrscheinlich, weil er nicht das Glend in den engen Höfen zu beschleimen braucht. Erwerbslose, die sich schämen, Betteln zu gehen, stellen zu diesem Broterwerb und geben unter die Musikanten. Aber die Organe des kapitalistischen Staates sorgen für Ruhe und Ordnung. Läßt sich ein solcher armer Schächer beim Musikieren ertappen, so erhält er eine Strafe. In einem Falle der letzten Tage waren es zwei Tage Haft. Der Angeklagte war über den Strafbereich außerst empört, da er annahm, daß die Strafe seiner Mühe galt. Vor Gericht erklärte er, sich nicht eher verurteilen zu lassen, bis der Richter sich von der Güte seines Spieles überzeugt habe. Er hatte auch ein Instrument mitgebracht und wollte ein kleines Konzert geben. Doch wurde die Güte der Musik als nicht unterteilt und die Strafe entsprechend den Paragraphen bestätigt.

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß.“ Wie gewiß er ist, zeigte sich dieser Tage vor Gericht. Ein Kriegskrieger einbeiniger und in müßig abgetriebener Feldarmer Uniform bumpelte auf Krücken zur Anklagebank. Der Dank des Vaterlands ist ihm noch nicht einmal in Form eines alten Leierkastens wie nach 1871 zu teil geworden. So ist er tatsächlich als Betteln angewiesen. Rücksichtslos hat man ihn bereits mehrmals angezogen und wegen Bettelns auch bestraft. Jetzt ist er also rüchlos, eine trauernd schmerzliche Mahnung für die Verurteilung. Ein Strafbefehl distanzierte ihm die brutale Strafe von sechs Wochen Haft zu. Der Kriegsverletzte war aber feiner von dem, die sich im Winter — um wenigstens ein Dach über dem Kopfe zu haben und nicht zu verhungern — einloeren lassen und manchmal nur zu diesem Zwecke irgend ein Delfik begeben. Als das Gericht die Strafe von 6 Wochen Haft bestätigte, kündigte der Angeklagte sofort Berufung an. Wieviel wird dem Staate schließlich diese Klagen gegen die Erwerbsmoralitäten eines besonders unglücklichen Kriegsopters kosten?

Meine Univerfitäten.

Von Maxim Gorki.

Deutsch von Erich Böhm.

Copyright 1926 by Ullstein A.-G., Berlin.

Ich begreife selbst sehr wohl, daß alles, was ich rede, nicht ich bin, sondern etwas ganz anderes, worin ich blind festhänge. Ich mußte mich erst selbst finden in dem bunten Wirrwarr der Eindrücke und erlebten Abenteuer, aber das brachte ich noch nicht fertig und fürchtete mich auch bisher davor. Wer, was bin ich. Diese Frage beschäftigte mich sehr tief. Ich war während auf das Leben, das mich schon zu der absterben Dummheit eines Selbstmordverluchs verleitet hatte. Ich verstand die Menschen nicht; ihr Leben war nicht zu reiferen, es war allzu dumm und zu schmutzig. In mir garte die böhrrende Neugier eines Menschen, der aus irgendeinem Grunde in alle dunklen Winkel des Daseins hineinsehen muß, in die Tiefe aller Geheimnisse des Lebens; und zuzeiten fühlte ich mich rein aus Neugier zu einem Verbrechen fähig — ich war bereit, zu morden, nur um zu erfahren, was dann aus mir werden würde.

Ich bildete mir ein, wenn ich mich erst fände, würde ein widerwärtiger, in ein enges, starkes Netz feilamer Gefühle verstrickter Mensch vor der Dame meines Herzens stehen: ein gespenstischer phantastischer Mensch, der sie erschrecken und abstoßen möchte. Ich mußte irgend etwas mit mir anfangen. Ich war fest überzeugt, daß gerade diese Frau nicht nur imstande sei, mir dazu zu verhelfen, wirklich zum Gefühl meines Selbst zu kommen, sondern daß sie auch etwas Zauberhaftes tun könne, wonach ich sofort aller Fesseln der dunklen Lebensindrücke ledig sein, etwas aus meiner Seele für immer austreten würde, so daß diese in einem Feuer großer Kraft, großer Freude auflösen müßte.

Der lästige Ton, in dem sie immer von sich selbst redete, ihre Nachsicht mit allem Menschen fühlte mir die Zuversicht ein, daß diese Frau etwas Ungewöhnliches wisse. Sie besitzt ihren eigenen Schlüssel zu allen Rätseln des Daseins, deshalb ist sie immer so heiter, so selbstzufrieden. Vielleicht liebte ich sie am liebsten gerade um dessentwillen, was ich nicht verstand an ihr; jedenfalls aber liebte ich sie mit aller Kraft und Leidenschaft der Jugend. Qualvoll schwer fiel es mir, diese Leidenschaft zu meistern — sie verlangte mich geradezu zu physisch und machte mich kraftlos. Es wäre besser für mich ge-

wesen, wenn ich natürlicher, rauher gewesen wäre. Aber ich glaubte die Beziehungen zur Frau beschränken sich nicht auf den Akt der physischen Vereinigung, den ich in seiner bettelhaft groben, tierisch einfachen Form kannte, und der mir fast Ekel einflößte, obgleich ich ein kräftiger, sehr sinnlich veranlagter Bursche war und leicht erregbare Phantasie besaß.

Ich verstehe nicht, wie dieser romantische Traum in mir entstehen und weiterleben konnte; aber ich war unerschütterlich überzeugt, daß hinter dem, was ich kannte, noch etwas Unbekanntes stecken müßte, in dem sich der hohe, geheime Sinn der Vereinigung mit der Frau verdeckte, daß sich etwas Großes, Freudiges, geradezu Schreckliches hinter der ersten Umarmung verborge, — wenn der Mensch diese Wärme gekostet habe, müßte er eine vollständige Wiedergeburt erleben.

Die Phantasien habe ich wohl nicht aus den von mir gelesten Romanen geschöpft, sondern ein gewisser Widerspruchsgedanke gegen die Wirklichkeit hat sie in mir erzeugt und entwickelt, denn: „Ich bin in die Welt gekommen, um zu widerprechen.“

Außerdem hatte ich eine seltsame dunkle Erinnerung. Irgendwo jenseits der Grenze der Wirklichkeit, in frühesten Kindheit einmal, hatte ich einen starken Ausbruch der Seele erfahren, ein süßes Beben des Empfindens, richtiges Gefühl, des Vorgefühls der Harmonie; ich hatte eine Freude erlebt, heller als die Sonne am Morgen, wenn sie aufsteht. Vielleicht war das in den Tagen gewesen, da ich noch im Mutterleibe weilte: ein glücklicher Ausbruch der Nervenergie meiner Mutter hatte sich mir als warmer Ausstrahlung mitgeteilt, der dann meine Seele schuf und sie zuerst zum Leben entzündete: vielleicht auch hatte ein erschütternder Glücksmoment meiner Mutter Widerhall in mir gefunden für mein ganzes Leben, als zitternde Erwartung von etwas Ungewöhnlichem von Seiten des Weibes.

Wenn man nicht genau Bescheid weiß, denkt man sich halt etwas aus. Und das Klügste, wozu es der Mensch gebracht hat, ist die Kunst, die Frau zu lieben, sich vor ihrer Schönheit zu neigen. Aus der Liebe zum Weibe hat alles Schöne auf Erden seinen Ursprung genommen.

Beim Baden sprang ich einmal hinten von einem Lastfahn ins Wasser, schlug mit der Brust unglücklich oben auf den Unterarm auf, verwickelte mich mit dem Fuß in ein Tau und hing los, mit dem Kopf nach unten, im Wasser, dem Ertrinken nahe. Ein Fuhrmann

zog mich heraus, man schüttelte mich gründlich aus und ritz mir dabei die ganze Haut auf. Die Folge war ein Bluttat; ich mußte ins Bett und Eis schluden.

Meine Dame kam mich besuchen. Sie setzte sich auf meine Lagerstätte und fragte mich genau aus, wie mir das alles zugefallen sei. Mit ihrer leichten, lieben Hand streichelte sie meinen Kopf; ihre Augen schimmerten dunkel und schauten besorgt.

„Ich fragte sie, ob sie nicht läche, daß ich sie liebe?“

„Ja,“ entgegnete sie und lächelte behutsam. „Ich sehe es und finde das wenig schön — obwohl ich Sie auch lieb habe.“

Sebstverständlich bebt nach ihren Worten für mich die ganze Erde, und die Bäume im Garten wirbeln in frohem Tanze. Ich war sprachlos vor Ueberraschung, Staunen und Entzücken; ich prekte meinen Kopf gegen ihre Knie, und wenn ich sie nicht so fest in die Arme geschloßen hätte, wäre ich sicher wie eine Seifenblase durchs Fenster entflohen.

„Sie sollen sich doch nicht bewegen. Das schadet Ihnen ja!“ bemerkte sie streng und verdrückte meinen Kopf wieder auf das Kissen zu drücken. „Regen Sie sich nicht auf! Sitze ich gleich wieder fort. Sie sind überhaupt ein ganz verrückter Herr! Ich wußte gar nicht, daß es solche Menschen gibt. Von unken Gefühlen und Beziehungen wollen wir später mal reden, wenn Sie wieder hübsch auf den Beinen sind.“

Alles das sagte sie vollkommen ruhig und lächelte unbefreilich gütig dazu, mit ihren dunkel schimmernden Augen. Nach verabschiedete sie sich und ließ mich in einem in allen Farben glühenden Feuer zurück, in der glückseligen Gewißheit, daß ich mich jetzt mit ihrer guten Hilfe auf leichten Füßchen in eine Sphäre neuer Gefühle und Gedanken aufschwingen würde.

Ein paar Tage später sah ich auf dem Felde, am Rande einer Schlucht, unten im Gefüll raschelte der Wind. Der graue Himmel verhielt Regen. Sehr niedrigen, mit grauen Worten, sprach sie von dem großen Altersunterschied zwischen uns, davon, daß ich noch sehr viel lernen müßte, wie überlebens es von mir wäre, mir jetzt eine Frau mit einem kleinen Kinde anzubahnen. Das alles war ja bedrückend wahr und wurde in mütterlichem Tone vorgebracht; aber es reizte doch nur meine Liebe, ließ die Hochachtung vor der lieben Frau noch wachsen. Schmerzlich und doch gleichzeitig süß war es, ihre Stimme zu hören, ihre zärtlichen Worte. Zum erstenmal im Leben sprach jemand so zu mir! (Fortsetzung folgt.)

Bruderhände.

Novelle von José Francés.

Julio Exposito bog um die Ecke beim Sonnentor und trat in die San Jeronimo-Allee.

Derher hatte er auf die Uhr beim Ministerium geblickt. Sieben ein Viertel.

Die belebte Straße hallte von dem Lärm der Menge wider, die mühsig vorwärtsdrängte. Die Sonne ging in all ihrer Pracht unter, und man ahnte das Rot-Gelb des Himmels über dem Grün des Retiro, hinter den Jeronimos.

Die Leute gingen langsam hin und her; die Frauen blieben vor den Schaufenstern stehen und die Männer vor den Frauen. Es roch nach dem Benzol der Autos und bisweilen nach dem starken Duft der Resten.

Julio Exposito ging mit finsterner, mürrischer Miene weiter, die Hände in den Taschen, den Hut im Nacken. Er litt unter dem Hunger und erstikte vor Haß. Wegen seiner abgezeigten Wangen, wegen seiner fiebernden Augen, wegen seiner Lumpen; für seinen grossen Haß hatten die duftenden, aufgeschlehten Frauen keine Stimme, die Schaufenster mit ihren Nichtigkeiten keinen Reiz; und der majestätisch friedliche Himmel, der unter den letzten Strahlen der versinkenden Sonne verklärte dalag, leuchtete nicht für ihn.

Julio Exposito verließ Madrid mit unendlicher Betrübtheit im Herzen und wütendem Durst nach allen Dingen im Leben, die von den Leiden hart genug mitgenommen war.

Er fühlte sich vereinsamt, ausgeschlossen, wie einer, der von einem anderen Planeten herabgefallen ist; und wie er so aus der Residenzstadt floh, lag in ihm die Verzweiflung des umherirrenden Hundes, der auf den Gehöften und in den Wirtschaftshäusern der Landstraße mit Frust empfangen wird.

Kein Geld, keine Wohnung, die ihm die Wärme des häuslichen Herdes vorläufige, keine Familie. Auch kein Weib... obwohl es so elende und so herabgekommene wie er selber gab.

So wuchs bei ihm der Haß gegen seinegleichen immer mehr; zu Anfang ein stiller, trauriger Haß, danach ein wütender wie beim Wölfe; und jetzt war er wie ein Verhängnis, in großem Schweigen brütend, so wie der Himmel kurz vor Beginn des Unwetters.

Durch das andauernde Herumströmen in den Nachtstunden, auf den Plätzen vor den Kasernen, in den Spielplätzen der Vorstädte, hatte allmählich ein Gefühl des Trostes seine angeborene Güte überwuchert, wie er die Ungerechtigkeit und die Ruhelosigkeit seines Lebens betrachtete, das so grundverschieden war von dem leichteren, freudigen Dahinleben der anderen.

Und als er eines Nachts mit seinen Zufallsgefährten querselbst floh, um den Gendarmen zu entgehen (er hatte das Verbrechen begangen, keinen Ausweis bei sich zu haben und im tiefsten Elend zu leben), da erhielt er Nachricht von etwas Tröstlichem. Es waren einige fette, abgegriffene Bücher, ein paar Zeitschriften mit riesigen Titeln, Löhne wie Pistolenkugeln, die ihm, er mußte selbst nicht wohl trüben.

Anarchismus? Sozialismus? Einfach Verbrechen? Es hatte wenig zu sagen; an dem Namen lag ihm wenig. Die Hauptsache für ihn war die Idee, ja mit großen Buchstaben, wie er sie in den revolutionären Zeitschriften geschrieben sah und wie sie aus dem Munde der Revolutionäre drang.

Die Verfassung, in der er sich befand, war die denkbar günstigste und für ein Stückchen Brot hätte man ihm all seinen Rebellentrost abgekauft. Aber es war niemand da, der ihn dafür hätte bezahlen wollen.

Jemand meinte, er sollte nach Barcelona gehen. Für die Reise würden sie zusammenlegen und ihm ein paar Briefe für ihre Leute dort geben. Das schon; wahrscheinlich würde er etwas unternehmen müssen; sich für die Sache opfern...

Julio Exposito war etwas schwankend. Er erinnerte sich an jene Gemeinheiten, die von Zeit zu Zeit die spanischen Zeitungen blutrot färben und die Gasthöfe und Häuser auf den Rambblas leerten. Außerdem war es gefährlich.

Man laschte ihn aus. Gefährlich? Das war ja gelacht! Höchst einfach. Man wartet auf den Augenblick, wo keine Leute über die Straße gehen, tritt in einen Hausflur und geht ruhig wieder fort. Er brauchte kein wertvolles Leben für die Sache gar nicht weiter aufs Spiel zu setzen.

Die Versicherungen, alles würde gut gehen, beruhigten ihn schließlich. Im Grunde konnte er ja auch gar keine großen Forderungen stellen. Er wollte töten; er schloß den mörderischen Drang, aber ihm fehlte die Entschlossenheit, ihn in die Tat umzusetzen.

Auch hatte er Furcht vor der unbekannten Stadt mit ihrem Schloß Montjuich und der Polizei, die jeden Tag mit wütendem Haß auf sie fahndete.

Er gestand einem von denen, die ihn zu überreden suchten, diese Verführung ein, aber der zuckte bloß die Achseln: „Was was, das ist ja dummes Zeug! Haben wir dir nicht gesagt, daß du da drüben nicht allein sein wirst? Bruderhände erwarten dich...“

Und mit 65 Cent und einer Fahrkarte dritter Klasse in der Tasche machte er sich auf den Weg zum Bahnhof.

Wie immer stierte er düster vor sich hin; in seinem Unterbewußtsein fühlte er in sich die finsternen Kräfte eines Gottes, der die geheime Macht besitzt, alles vernichten zu können (das Meer, die Religion, die Monarchie und den Klerikalismus), sofern er nur verflohen in einen Hausflur tritt und dort eine Bombe liegen läßt.

Als er nach einer zweistündigen Bahnfahrt, ohne etwas gegessen zu haben, in Barcelona anlangte, da fühlte er sich so niedergedrückt, so verwehrt wie nie zuvor.

Schon auf dem Bahnhof geriet er in Verwirrung. Sein roter Schilps und das weiße Tuch am Hals, die dem zu einem Empfang bestellten Genossen als Erkennungszeichen hätten dienen sollen, waren unnütz. Als einer der letzten fleg er aus, ging mühsam, immer allein, unter der Menge weiter, betrat die unbekannte Stadt mit seinen 65 Cents, mit dem Zeichen des gewissen Todes auf der Stirn und mit einem Magen, der vor Hunger schmerzte.

Er ging auf gut Glück weiter; er getraute sich nämlich nicht, die Gendarmen zu fragen, die mit ihren weißen Hosen, ihrem langen roten Rock und dem weißen Helm majestätisch wie Kolonialsoldaten gauschten und ihn von der Seite anblickten.

Die große Stadt brachte ihn etwas aus der Fassung. Zuerst die riesigen, schmutzigen Kais, die verankerten Schiffe, die fieberhafte Arbeit beim Ein- und Ausladen, die Menschen aus aller Herzen Länder, die groß wurden, überzogen und in allen Sprachen fluchten. Dann die Kolonbus-Promenade, die gegenüber dem Denkmal des Entdeckers einmündet, mit den düster emporkragenden Lagerhäusern auf der einen und den schreienden Plakaten der Nebereignisse auf der anderen Seite.

Und dort blickte er einen Augenblick stoben und wachte nicht, wo er hingehen sollte. Mit der Hand betastete er die Papiere, die er den Genossen, den „Bruderhänden“ überbrachte.

— Zuerst fragt du nach dem Alarajas-Bierzel — hatte man ihm in Madrid gesagt.

Es war schon spät am Nachmittag, und derselbe Lärm, dasselbe schmerzliche Treiben wie auf der San Jeronimo-Allee schlug ihm

hier wieder entgegen; aber hier war alles noch lärmender, noch fieberhafter, noch gemischter und beleidigter noch mehr. Man hörte, wie die Klänge der Kinos himmelst, wie die Abendzeitungen ausgefahren wurden, und man sah die elektrischen Bahnen vorüberfahren, die bis aufs Verdeck hinauf mit Menschen vollgepfropft waren.

Alle zwei Schritte stieß man auf jechende, bemalte Weiber, bei deren Anblick man an ein Büppchen denken mußte oder an ausgehöhlte Mobelbilder; hinter sich ließen sie einen durchdringenden Parfümgeruch.

Julio Exposito stieg von einer Promenade zur andern; mit jedem Augenblick wurde er schwächer; immer mehr schmerzten ihn seine Eingeweide; seine Kehle war ausgeborstet; seine Schläfen hämmerten. Er wollte neben einem Blumenstand stehen bleiben und bekam einen Ohnmachtsanfall.

Die Dämmerung senkte sich herab, und allmählich begann das funkelnde Spiel der Lichter wie bei einer Theatervorstellung. Die Läden standen offen; in den Cafés, den Barbierstuben und den Warenhäusern wurde es hell. Und alles besaß eine unbegreifbare Kraft, die ganze Rücksichtslosigkeit des überströmenden Lebens: das Licht, der Lärm, die Blumenpracht auf der Promenade, die starken rosigen Frauen aus dem Volk, die zierlichen schwachen französischen Dämchen; selbst die Zeitungstische, an denen die Blätter mit ihren riesigen Titelföpfen und den bunten Bildern aufgehängt waren.

Julio Exposito hielt an und stützte sich gegen eine Laterne. Er fühlte Schwindel, Uebelkeit und kalten Schweiß über seine Stirn rinnen.

Er hatte Furcht zu fallen, weil sich dann die Leute genähert und die Gendarmen mit dem langen roten Rock ihn durchsucht und die verächtlichen Papiere bei ihm gefunden hätten.

Er machte eine letzte Anstrengung und suchte von neuem mit den Augen nach einer Bäckerei oder einer Wirtschaft. Er fand nur Bierstuben, Cafés und Luxuskonditoreien; und dort einzutreten, mit seinen 65 Cents, seinen Lumpen und seinem Krankengesicht, wäre nur unnütz und gefährlich gewesen.

Zur Linken bog er in eine Straße ein, dann in eine andere. Mit einem Male war das Getöse der schreienden, hell beleuchteten Promenaden verschwunden. Er ging durch dunkle Straßen mit beschleierten Häusern und einfachen Geschäften. Über auch dort fand er weder eine Bäckerei noch eine Wirtschaft.

Er bog in eine noch dunklere, noch einsamere Straße ein. Zur Linken sah er in der Ferne das Schild eines Bäckertabens. Endlich!

Als er schon der Türe nahe war, sah er aus dem Nebenhaus einen Mann herauskommen.

Der Mann sah sich rasch nach allen Seiten um; dann entfernte er sich schnell, fast im Laufschritt.

Julio Exposito ging weiter. Er fieberte vor Erregung, ein Stückchen Weißbrot zu knabbern und es verschlingen zu können; das verließ ihm die letzten Kräfte.

Als er vor dem Hause neben dem Bäckertabens anlangte, wurde es plötzlich stumm hell in der Straße; ein furchtbarer Knall erkörnte; die Glasscheiben vor den Balkons und den Fenstern zersprangen; Stücke von Gips und Holz flogen durch die Luft; und mit ihnen Julio Exposito, zu Fetzen zerrissen.

Die Bruderhände hatten ihn aufgenommen. (Autor: Uebersetzung aus dem Spanischen von Ernst Deyn.)

Sinter den Wänden.

Hinter den Wänden, die um mich sind, ist die Welt — mit den Menschen und Tieren und den grünen Bäumen, aber auch mit Fabriken und Eisenbahn und mit grauen Straßen, wo die Armut wohnt. — Sie schickt einen Vogel und lockt mich; — sie sendet mir Rauch und Lärm und stößt mich fort. — Goll ich nun bleiben oder — soll ich gehen? Hans Maria Ehringhausen.

Klangprobleme im Rundfunk.

„Das klingt ja wie Grammophon!“ Diese Bemerkung wird immer wieder gemacht, wenn man jemandem zum ersten Male Rundfunk vorführt. Um sich über diese allgemeine Bemerkung hinaus, die durchaus zutrifft, über den besonderen Klangcharakter der Töne in der Radio-Wiedergabe klar zu werden, ist es nötig, sich mit den Klangproben überhaupt vertraut zu machen. Dem kann das soeben erschienene Buch von Dr. W. Heinitz: „Klangprobleme im Rundfunk“ (Verlag Rothgier u. Dießing, U.G., Berlin 1926) sehr gut dienen. Leider ist die Akustik (die Schallehre) noch nicht mit jener Gründlichkeit bearbeitet worden, die für das Radio notwendig wäre, und der Rundfunk und seine Leiter haben noch nicht begriffen, wie theoretische Erkenntnis seine Bestrebungen unterstützen würde. Diese Mängel müssen notwendigerweise Mängel des Buches sein, das nicht mehr geben kann, als Ansätze, Fingerzeige für die Behandlung der auftretenden schwierigen Fragen und nur Andeutung ihrer wissenschaftlichen Behandlung.

Die elektrisch-technische Seite der Klang-Übertragung ist nicht behandelt. Die Betrachtungen sind konzentriert auf den Einfluss, den das Mikrophon ausübt. Und der ist oft äußerst unangenehm hörbar. Die Aufgabe des Mikrophons ist es, dieselben Schwingungen von seiner Membran ausstrahlen zu lassen, in die der Ton die Luft verleiht. Daraus ergeben sich alle Schwierigkeiten. Zunächst hat die Membran einen eigenen Schwingungston mit mehreren Teiltönen. Trifft nun ein Ton auf die Membran auf, der die gleiche Schwingungszahl hat wie die Membran oder ihre Teiltöne, so wird der Ton unangenehm verzerrt und die Gehörnerben, die sehr fein abgestimmt sind, durch ihn verleiht. Die Teiltöne spielen eine wichtige Rolle in dem gesamten Problem. Beim Anschlagen einer Saite können ja außer dem typischen Saitentone noch einige tiefere und höhere Töne mit, die man Teiltöne nennt. Von ihnen hängt die Tonfarbe des Klanges ab. Nun werden oft mehrere dieser Teiltöne vom Mikrophon verleiht, nicht wiedergegeben. Die Folge ist, daß das gespielte Instrument einen ungewohnten Klang hat, daß man es nicht erkennen kann. Dieser Frage widmet Heinitz längere Betrachtungen unter Berücksichtigung der Eigenart einzelner Instrumente. Er versucht die Mittel anzugeben, mit denen man das Mikrophon unterstützen kann, damit es den an sie gestellten Aufgaben gerecht werden kann. Und man verlangt viel von einem solchen Mikrophon. So sind 13 500 Bewegungen in der Sekunde von jedem Teiltönen der Membran ausgeführt, noch nicht die höchste Forderung. Noch ein drittes Moment sei hervorgehoben, das nach-

teilig auf die Wiedergabe wirkt. Daß nämlich die leise gesprochenen oder gespielten Partien nicht hörbar sind. Diese Erscheinung läßt sich aus dem Trägheitsmoment der Membran erklären. Um die ruhende Membran aus der Ruhelage heraus zu bewegen, ist eine gewisse Energie erforderlich, um zunächst die Trägheit der Membran zu überwinden. Wenn wir annehmen, daß schwache Töne (etwa Piano-Stellen) gerade noch so kräftig sind, daß sie die Trägheit aufheben können, so reichen sie doch nicht aus, um die Membran in Schwingung zu verleiht. Man baut daher neuestens Mikrophone so, daß verleiht wird, die Trägheit der Membran durch ein doppeltes Magnetfeld aufzuheben.

Bei der Vorkerfassung der Musik im Rundfunk ist es dankenswert, daß das Buch eine „Anatomie“ des Orchesters bringt, eine launige Schilderung der einzelnen Instrumente. Der Verfasser will damit lehren, die einzelnen Instrumente aus dem Orchester herauszuhören. Bildliche Darstellung der Instrumente würden diesen Teil des Buches noch wertvoller gemacht haben. Jh.

Vom Sprunggelenk-Tier zum Gehirn-Tier.

Neue Ideen zur Abstammung des Menschen.

In Salzburg findet gegenwärtig ein Anthropologen-Kongress statt, auf dem der außerordentliche Professor der pathologischen Anatomie von der Universität Berlin, Westenhöfer, einen Bericht der B. J. am Mittag zufolge, über seine neuen Untersuchungen zur Abstammung des Menschen und die Art seines Verwandtschaftsverhältnisses zu den Affen etwa folgendes ausführt. Westenhöfer hat also zunächst einmal festgestellt, daß außer den schon bekannten zahlreichen primitiven Merkmalen des Menschen primitive Zustände auch in der Morphologie einiger innerer Organe bei vielen Menschen, und zwar der verschiedensten Rassen, erhalten bleiben. Westenhöfer bezeichnet diese Erhaltung von Vorfahrenmerkmalen als Grogonismen. Dazu gehören: der trichterförmige Blinddarm und der Wurmfortsatz, die Lappung der Nieren und die Einbuchtungen der Milz und Bildung von Nebenmilzen (grogonische Trias).

Da diese beiden letzten Eigentümlichkeiten fast ausschließlich bei Wasserfüglern vorkommen, konnte man mutmaßen, daß das Leben im Wasser die Weiterentwicklung, nämlich die Konsoziation dieser Organe, verhindert habe, und daß man daher auch für die Vorfahren der Menschen ein zeitweiliges Wasserleben annehmen könne. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß solche primitiven Lappungen keine einzige Affenart, auch nicht die Menschenaffen, aufweisen, daß also die Affen als eine über den menschlichen Zustand hinausgehende Weiterentwicklung anzusehen seien.

Die Beobachtungen veranlaßten Westenhöfer nun auch, Versuche über die Entstehung des menschlichen Kinnes und Fußes anzustellen, da sowohl das Kinn wie der Fuß so spezielle menschliche Gealtungen sind, daß aus der Feststellung ihrer Herkunft die Möglichkeit sich ergeben müßte, den Punkt aufzuzeigen, wo der Mensch in der Reihe der Wirbeltiere seinen Ausgang nimmt. Westenhöfer zeigt, daß das Kinn seine Entstehung der eigenartigen Stellung und Funktion des menschlichen Gehirns verdankt, und daß man es danach in der Reihe der Wirbeltiere im Anschluß an gewisse Reptilien lokalisiert könne. Es hat seine primitive Eigentümlichkeit bewahrt, während die übrigen Säugetiere durch die starke Entwicklung und Spezialisierung ihres Gehirns sich viel weiter entfernten.

Die starke Entwicklung des Gehirns, der Kiefer, der Kammustein, der Schnauze fast aller Säugetiere steht im umgekehrten Verhältnis zur Gehirnentwicklung. Die große Blutzufuhr, die die Schnauzentwicklung verlangt, mußte die Blutzufuhr zum Gehirn behindern.

Beim Menschen zeigt sich genau der umgekehrte Tatbestand. Die merkwürdige Tatsache, daß die anthropoiden Kinder, insbesondere das Schimpansenkind, dem Menschen viel näher stehen als ihre eigenen Eltern, erklärt Westenhöfer unter Bezugnahme auf das biogenetische Grundgesetz von Haeckel damit, daß die Vorfahren der Affen von menschenähnlichen Tieren abstammten, und daß man somit den lateinischen Satz „Der Mensch stammt vom Affen ab“ umdrehen müsse in den Satz: „Der Affe stammt vom Menschen ab.“

Beim Fuße wiederum sind die charakteristischen Merkmale die Ferse und Gewölbe und das Sprunggelenk. Ein Sprunggelenk und eine echte Ferse haben nur die Säugetiere entwickelt. Westenhöfer zeigte am Skelett von Amphibien und Reptilien, wie die terrestrische Lebensweise auf die hinteren Extremitäten einwirkte und die Entstehung der Ferse und des Fußgewölbes zu erklären ist. Die Entstehung des Sprunggelenks aber erfolgte erst durch die Aufrichtung eines Lurchkrepitils, bei dem die Fußwurzelknochen noch beweglich sind und jedem Zug der Muskel und Bänder nachgeben können.

Nicht ein Greiffuß ist der älteste Säugetierfuß, wie allgemein angenommen wird, sondern ein echter Stand- oder Gehfuß, wie ihn der Mensch heute noch hat. Die Erhaltung der primitiven Form und Funktion des Gehirns und des Kiefers, d. h. die Verhinderung der Schnauzenbildung, und die Erhaltung des Standfußes und damit des aufrechten Gehens sind jene beiden hauptsächlichsten Tatsachen, welche die Gehirnentwicklung des Sprunggelenktieres so begünstigt haben, daß sich aus ihm das Gehirn, der Mensch, entwickeln konnte.

Westenhöfer hält sich daher für berechtigt, den Menschen in direkter Linie auf jenes älteste Säugetier, das Sprunggelenktier, zurückzuführen, von dem die andern Säugetiergruppen mit ihren verschiedenen Gebiß- und Fußformen sich erst später zu verschiedenen Zeiten abgezweigt haben.

Kleine Chronik.

Rudolf Euden †. Der bekannte Jeneser Philosophiestudienrat und Nobelpreisträger Rudolf Euden ist als 75-jähriger in Jena an einer Lungenentzündung gestorben.

Ernst Eulenburg †. Im Alter von 80 Jahren verstarb in Leipzig der Gründer und Inhaber des Musikverlags Ernst Eulenburg. Er hat in den 50 Jahren, die sein Verlag besteht, außerordentlich viel geleistet. Namentlich war die Übernahme von Baynes kleinerer Orchester- und Kammermusikpartituren, die er unermüdet vergrößert und ausgebaut hat, für die Musikwelt ein großer Gewinn. Man kann heute fast alle Partituren unserer großen Musiker in Eulenburgs kleiner billiger Ausgabe haben. Als Leiter der Konzertdirektion hat Ernst Eulenburg viel guten Geschmack bewiesen; nicht nur in der Wahl der großen reifen Künstler, sondern er hat auch mit seinem Gefühl die jüngere, heranwachsende Künstlerkraft herausgespielt und sie oft gefördert. Er war selbst ein Musiker, studierte am Leipziger Konservatorium und war als guter Pianist bekannt. L.

Neue russische Musik. Die kommende Moskauer Konzertsaison wird eine Reihe neuer Werke junger russischer Komponisten bringen. Alexander Arzhanov hat eine Gedächtnissinfonie für Lenin unter dem Titel „Der 21. Januar 1924“ komponiert. Von Michail Glinkin wird eine dem Andenken der Revolution gewidmete Symphonie für großes Orchester mit Schluschor aufgeführt werden. Ein neues Ballett von A. Gliker, „Der rote Mohr“, verwendet Themen aus der chinesischen Volksmusik und ist vom Großen Theater in Moskau zur Aufführung angenommen worden.

Wirtschaft

Voraussetzungslose Wissenschaft.

Die Ruhrindustrie in „wissenschaftlicher“ Beleuchtung.

Ein treffende Illustration zur „Voraussetzungslosigkeit“ der Wissenschaft erhält man, wenn man das von Dr. Hans Speithmann verfasste Werk „Die Großwirtschaft an der Ruhr“ (Verlag F. Hirtz-Brosch, 1925) liest. — ein Buch, das gerade im Zeichen der dauernden europäischen Kohlenkrise und des englischen Bergarbeiterstreiks aktuell ist.

Im Wirtschaftsleben Deutschlands ist die Ruhr das stärkste Kraftfeld, meint der Verfasser, und man kann ihm darin ohne weiteres zustimmen. Hat doch jeder vor einigen Jahren erfahren, was die Abschätzung dieses Gebiets für die deutsche Wirtschaft bedeutet. Eine großzügige Schilderung der geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieses Bezirks würde also zweifellos auf allgemeines Interesse rechnen dürfen. Wie aber entledigt sich der Verfasser seiner Aufgabe? Auf 293 Seiten kann man schon allerhand sagen. Statt dessen ist ein großer Teil des Wertes ausgefüllt mit über und engstirniger Polemik gegen die moderne Arbeiterbewegung und alle halbwegs fortschrittlichen Forderungen der Sozialpolitik. Die ältesten Labordatien aus der Reichsverbandstätigkeit werden herangezogen, um den „Marxismus“ totzuschlagen. Besonders die Abschnitte: „Der Kohlendunst“ und „Das Kapital“ sind reich daran. Man fragt sich manchmal bei der Lektüre dieser Kapitel, ob es denn möglich sei, daß ein deutscher Dozent, — der Verfasser ist nämlich Privatdozent an der Universität Köln, — so viel Unfug verzapfen könne. Auch in bürgerlichen Kreisen, in denen auf volkswirtschaftliche Reputation gehalten wird, bliesen nach dem Auftreten von Adolf Wagner, Gustav Schmoller, Tönnies u. a. m. derartige Ansichten nicht mehr verurteilt werden, wenn man wissenschaftlich ernst genommen sein will. Was aber sagt beispielsweise der Verfasser? Hier einige Proben:

„Der schwedische Staat hat 1920 gesetzlich den achtstündigen Arbeitstag eingeführt. Diese unter einer sozialdemokratischen Regierung zustande gekommene Maßnahme hat für das bürgerliche Erwerbsleben die Wirkung gehabt, daß das Land nicht mehr konkurrenzfähig blieb“ (S. 213).

„Der Arbeiter steht freilich in dem Kapital nicht die helfende Hand, sondern nur den verhassten Feind. Er ist blind dafür, daß ohne hinreichende Mittel der Betrieb, in dem er sein tägliches Brot verdient, seine Tore schließen müßte, ja, wahrscheinlich niemals geöffnet hätte. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Kapital und Arbeit sind ihm fremd: Ihm wird von seinen Organisationsführern, ja, selbst erzählt, das Kapital sei die Ursache allen Übels, und geistlich wird ihm verschwiegen, daß es nur eine wirtschaftliche Funktion ausübt. So wird er ein Opfer der politischen Ausbeutung der Lehren von Karl Marx“ (S. 235).

Und hierauf folgt eine seitenlange Darlegung über die Person von Marx, der eigentlich „Chorboch“ hieß, über die deutsche Sozialdemokratie, die allein „international“ sei, während die ausländischen Arbeiterparteien das „Nationale“ über das „Internationale“ stellten usw. Natürlich wird hierbei auch Spengler, der Schutzhelme der „deutschen Wissenschaft“ zitiert. Man müßte seitenlange Auszüge machen, um den ganzen Unfug zu produzieren, der in manchen Kapiteln enthalten ist.

Es ist eigentlich sehr zu bedauern, daß dieses Werk soviel Schlechtes und Ungereimtes auf volkswirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete enthält, denn manche Teile sind durchaus lesenswert und beachtlich, besonders, wo der Verfasser „die werdende

Ruhrstadt“ schildert und die Hemmnisse verwaltungstechnischer und politischer Natur, die sich diesem Entwicklungsprozeß entgegenstellen, aufzeigt. Auch die Abschnitte über „Konjunktur und Krisen“ und die „Entwicklungslinien der Konzernbildung“, in denen so mancher historische Bildchen uns äußerst „modern“ anmutet, kann man trotz einzelner Vorbehalte, die gegenüber der Klasseneinstellung des Verfassers zu machen sind, als annehmbar bezeichnen. Als die am besten gelungenen, wenn auch das Thema nicht erschöpfenden Kapitel sind die eigentlich wirtschaftsgeographischen anzusehen, so die über „die Kohstoffbasis“ und „die Probleme des Verkehrs“.

Der Natur der Sache entsprechend wird in diesem Werke viel statistisches Material verwendet. Daß dieses unter den Händen des Verfassers zur Verzerrung des Ruhrkapitals ausschlagen muß, ist selbstverständlich. Ein Beispiel mag das Gefüge erläutern. Auf den Seiten 263 und 264 wird der Durchschnittslohn der Hauer mit der Preisentwicklung der Kohle und der erzielten Dividenden verglichen und von 1893 bis 1912 verfolgt. Die dort angegebenen Zahlenreihen einmal als richtig angenommen, ergeben sich in diesem Zeitraum 3 Mark 88 Pfennige Preissteigerung für die Tonne Steinkohle, 88 Pfennige Erhöhung der Dividende je Tonne und 2 Mark 31 Pfennige Lohnsteigerung. Das veranlaßt den Verfasser zu der Schlussfolgerung, „daß bei der Preissteigerung der Kohle nicht der Unternehmer, sondern die Arbeitnehmer den Hauptanteil gehabt haben“. Es fällt dem Verfasser nicht ein, die Preissteigerungen einmal prozentual auszurechnen; denn dann ergeben sich in entsprechender Reihenfolge: 56,0 Prozent; 138,8 Prozent und 62 Prozent. Wie man in diesem Falle den zitierten Satz revidieren kann, bleibt für jeden Anvorgekommenen ein Rätsel. Hierbei wollen wir nicht einmal unterfragen, ob die 62prozentige Lohnsteigerung des Hauer nicht nur eine nominelle ist, die in den 20 Jahren des unteruchten Zeitraums durch die gesteigerten Lebenskosten zum größten Teil wieder aufgehoben worden ist. Auch alle sonstigen Einwände, die hier gemacht werden könnten, wollen wir auf sich beruhen lassen. Jedenfalls genügen uns die 138,8 Prozent Dividendensteigerung, die der Verfasser anscheinend nicht sieht, wie ja nach ihm überall der Arbeitnehmer an der Ruhr gegenüber dem Ruhrkapitalisten im Vorteil ist. Mit einer Ranzität sonderbaren werden Zeitungsartikel aus der Kölnischen Zeitung, der Rheinisch-westfälischen Zeitung u. a. als wissenschaftliche Urkunden gewertet, während der Verfasser nicht unterläßt bei der Erwähnung des vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen Wertes über die „Konzerne der Metallindustrie“ zu bemerken, daß es „leider parteipolitisch tendenziös“ sei. Seiner Meinung nach schreibt die Rheinisch-westfälische Zeitung wohl nur voraussetzungslose Artikel im Interesse der Ruhrarbeiter? Doch mag es mit dem Befolgen sein Bewenden haben. Werke, wie das hier besprochene dürfen uns nicht in Erstaunen setzen, wenn wir vernehmen, wie Zensurprofessoren urteilen, die ja zum Teil auch „einen Ruf zu verlieren“ haben.

M. Schoen.

Zunahme der Sparkassenguthaben.

Nach der Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes betragen die Spareinlagen bei den Sparkassen im Juli 1926 2469 Millionen Mark gegen 2362 im Juni. Am Schlusse des Jahres 1913 hatten sich die Einlegerguthaben bei den deutschen Sparkassen auf 18306 Millionen Mark belaufen. Obwohl im laufenden Jahre eine recht ansehnliche Vermehrung der Einlagen stattgefunden hat, bleibt die Summe der Einlegerguthaben noch recht weit hinter dem Vorkriegsbestand zurück. Das Maß der Zunahme des Einlagebestandes ist im laufenden Jahre größer gewesen als im letzten Vorkriegsjahre. 1913 hatte die Zunahme der Einlegerguthaben — neue Einlagen zuzüglich Zinsen abzüglich Rückzahlungen — rund 1 Milliarde Mark betragen. In den ersten 7 Monaten dieses Jahres betrug

die Zunahme rund 800 Millionen Mark, wie aus folgender Uebersicht des Einlagebestandes hervorgeht:

Ende Dezember 1925	1829 Mill. M.
„ Februar 1926	1928 „ „
„ April 1926	2154 „ „
„ Juni 1926	2362 „ „
„ Juli 1926	2469 „ „

Die Vermehrung der Spareinlagen war im Monat Juli schwächer als in den vergangenen Monaten.

Der Großhandel gegen die öffentlichen Betriebe.

SPD. Der Zentralverband des deutschen Großhandels hielt am 14. September in Düsseldorf seine diesjährige Tagung ab. Nach Referaten, die u. a. die Forderungen des Großhandels zum Finanzausgleich zum Ausdruck brachten, wandte sich Dr. Zehfisch gegen die sogenannte Laite Sozialisierung und schlug dafür eine Reihe von Grundrissen vor. Dem Staate und den öffentlichen Körperschaften wird demnach nur dann erlaubt, Privatbetriebe zu übernehmen, wenn die Privatwirtschaft zur ordnungsgemäßen Erfüllung gewisser Aufgaben nicht imstande sein sollte. Es wird also zugegeben, daß in gewissen Fällen die Privatwirtschaft zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben nicht imstande ist. Trotzdem sucht in der Resolution der Großhandel dem Staate vorzuschreiben, wie er sich wirtschaftlich betätigen darf. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft soll der Staat nicht heimlich Betriebe ertischen, sondern lediglich auf Grund von parlamentarischen Entschlüssen. Außerdem soll er dafür nur Ansehmittel verwenden dürfen. Schließlich soll das Parlament die Betriebe und die Verwaltung dieser öffentlichen Unternehmungen fortlaufend beaufsichtigen, „wobei jede Rücksicht auf die Parteipolitik ausgeschlossen hat“. Leider verzeihen die Vertreter der Großhandels dabei nicht, ob sie zu diesem Zwecke die Parteien überhaupt auflösen wollen. Denn solange Parteien bestehen, wird es immer ein Leichtes sein zu behaupten, sie hätten aus parteipolitischen Gründen gehandelt. Natürlich wendet man sich auch gegen die steuerliche Bevorzugung öffentlicher Betriebe, obwohl jede Steuerbelastung von Unternehmungen, an deren Ueberhöhen die Allgemeinheit teilnimmt, nur eine unnötige Erschwerung des Geschäftsbetriebes ist, weil ja der Staat doch nur Steuern erheben könnte an Stelle solcher Einnahmen, die ihm sonst doch als überschüssig zugesprochen wären. Die ganze Resolution in ihrem unlogischen Aufbau zeigt also, daß es dem Großhandel mehr darum zu tun war, wieder einmal gegen die Sozialisierung zu wettern, als sachliche Richtlinien für eine vernünftige Betätigung der öffentlichen Hand in Wirtschaftsfragen aufzustellen.

Ein deutscher Minister in Sowjetrußland.

Dr. Der ehemalige Ministerpräsident von Oldenburg, Tangen, ist in Leningrad eingetroffen. Er beabsichtigt, Verhandlungen über die Einfuhr hochwertiger deutscher Futurviehs aus Oldenburg nach Rußland einzuleiten. Ferner ist er von einer großen deutschen Maschinenbaufirma beauftragt worden, mit der Sowjetregierung über den Bau von Brücken und anderen Anlagen Verhandlungen anzuknüpfen.

Kleiderstoffe

Preiswerte

Seidenstoffe

und

Blusenstreifen ca. 70 cm breit Mtr. 68	Popeline ca. 85 cm breit, reine Wolle, in allen Modellfarben Mtr. 1.95	Waschseide ca. 70 cm br. Mtr. 1.20
Scotten ca. 100 cm breit, dunkelgründig Mtr. 1.50	Kammgarn-Serge ca. 100 cm breit, schwarz, marig und farbig Mtr. 2.95	Crêpe-Waschseide ca. 70 cm br., einfarbig Mtr. 1.65
Pullover-Stoffe ca. 70 cm br., m. Kunstseide Mtr. 2.50	Popeline ca. 105 cm br., reine Wolle, gewirnt Mtr. 3.50	Kunstsd. Trikot ca. 140 cm br., waschb., l. gr. Farbsortim. Mtr. 2.40
Donegal ca. 140 cm breit, für Mäntel und Kostüme Mtr. 2.25	Scotten ca. 140 cm breit, reine Wolle Mtr. 3.90	Hutrips ca. 48 cm br., schwarze Qualität, in vielen Farben . . . Mtr. 2.50
Scotten ca. 84/100 cm breit, reine Wolle, in moderner Farbstellungen Mtr. 3.40	Velour de laine reine Wolle, ca. 180 cm breit, für Mäntel Mtr. 4.90	Damassé ca. 85 cm br., für Jacken u. Paletotier Mtr. 2.75
Pullover-Stoffe ca. 70 cm breit Mtr. 3.75	Kleiderseide ca. 85 cm breit, in allen modernen Farben Mtr. 2.95	Rippensamt ca. 70 cm br., in waschbar, in großer Farbauswahl . . . Mtr. 3.50
Flausch reine Wolle, ca. 145 cm breit, für Mäntel und Jacken Mtr. 3.50	Crêpe Marocain mit Kunststoffe, ca. 100 cm br., in 50 verschiedenen Farben Mtr. 3.50	Seidenrips-Faconné ca. 45 cm br., für Hüte u. Eins. Mtr. 3.25
Popeline Nadelstreifen und Karos, ca. 100 cm breit . . . Mtr. 4.25	Kammgarn ca. 180 cm br., schwarz und marine Mtr. 5.90	Jacquard-Waschseide ca. 70 cm breit Mtr. 3.25
Rips-Popeline ca. 130 cm breit, reine Wolle, in großem Farbsortiment Mtr. 4.75	Mantel-Stoffe ca. 140 cm breit, Otoman-Charakter, schw. Qual. Mtr. 6.75	Crêpe-Morocain ca. 100 cm breit, mit neuartigen Druckmustern Mtr. 4.25
Pullover-Stoffe ca. 185 cm breit Mtr. 4.25	Jacquard-Velour ca. 180 cm br., Mäntel in mod. Farben Mtr. 14.50	Kunstseid. Trikot ca. 140 cm breit, waschbar . . Mtr. 4.25
Jacquard ca. 100 cm breit, reine Wolle Mtr. 4.25		Wildleder-Imitat. ca. 70 cm breit, für Damen-, Herren- und Kindersportkleidung . . . Mtr. 4.50
Jacquard reine Wolle, ca. 150 cm breit Mtr. 4.75		Taffet ca. 45 cm br., in schönem Farbsortiment, für Sportkleider Mtr. 6.75
Kleider-Rips ca. 180 cm breit, in allen Modellfarben Mtr. 5.75		Köper-Velvet ca. 70 cm br., für Damen-, Herren- und Kindersportkleidung . . . Mtr. 4.75
		Crêpe de chine ca. 100 cm br., in großer Farbauswahl Mtr. 7.50
		Köper-Velvet ca. 90 cm br., schwarz Mtr. 9.50

ALTHOFF

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 15. September.

Mein Weltrekord.

Homo Berühmtheit auf Vordruck.

Dem B. T. wird aus Paris eine Meldung gebracht, deren Inhalt so auffällig in der Linie jener Beurteilung des Rekordwahnens liegt, die wir an dieser Stelle immer vertreten haben, daß wir sie unserer Leserschaft nicht vorenthalten wollen:

Das „Tempo“ unserer Zeit.

Eine eigenartige Rekordfahrt.

Paris, 13. September.

Die freie Gemeinde Montmartre, in der noch etwas von der übermütigen Freude vergangener Tage lebt, hat gestern durch eine stillose Sportveranstaltung die Rekordfahrt des Weltrekordfahrs verklärt. Es war ein Langsamteilstreitwettbewerb der Kraftwagen angekündigt. Wer die längste Zeit brauchte, um die Rue de la Chapelle hinaufzufahren, der sollte Sieger sein. Motorräder und Automobile nahmen an diesem Wettkampf teil, und die Zuschauer schrien vor Lachen. Die Kraftwagen in ihrem Leberdreh wurden ohne Mühe von den Kinderwagen auf den Bürgersteigen überholt, und ein Auto, das vor Ungeduld puffte, suchte zu gewinnen, indem es eine vorsichtige Kurve um eine auf der Straße liegende Mauer beschrieb. Schließlich blieb der Lenker eines Kraftwagens Sieger, der den Rekord von einem Kilometer in der Stunde erreicht hatte. Unglücksfälle sind nicht passiert, nur ein Schuttmann hat vor Verwunderung die Trillerpfeife verloren, weil er meistens auf den großen Boulevards Dienst tut und sich die Trauerprojektion der Automobile nicht erklären konnte.

Und eine andere Zeitung meldet noch:

Unter ungeheurer Beifall einer zahlreichen Zuschauermenge, die das besondere Vergnügen hatte, dem Rennen bequem zu Fuß folgen zu können, starteten 19 Autos und acht Motorräder. In den schönsten ungetragenen, allen Verkehrsordnungen höflichst entsprechenden Wirkungen krochen Kleinautos, Tourenwagen, Luxuslimousinen und Lastautos wie durcheinander. Die Zeiten der Rennsteinehmer wurden genau auf Sekundenbruchteile mit der Stoppuhr festgestellt. Es ergab sich, daß der Sieger nicht weniger als 28 Minuten 21 Sekunden gebraucht, also eine Stunde geschwindigkeit von 1,7 Kilometer entwickelt hatte. Schwieriger war das Rennen für die Motorräder, deren Sieger nur eine Zeit von 9 Minuten 42 Sekunden herausziehen konnte.

Bravo! Die Bestrebungen des Pariser Künstlerdichters in allen Ehren. Es hat etwas ungemein Belustigendes und Erhebendes, wenn in der Zeit des Rekordlaumels dessen Konsequenzen so schön ironisch und einem dreisten Publikum klargemacht werden, wie das jetzt in Paris geschieht ist: Das Ende der Schnelligkeitschraube ohne Ende ist der Weltrekord im Langsamfahren. Bisher hat man immer nur beachtet, daß ein Motorrad einen Fußgänger überholt; aber noch niemanden war der Gedanke gekommen, einmal festzustellen, ob denn eigentlich so ein „Chausseefuß“ auch mit einem Fußgänger schriftstaltigen könne.

Wie jede gute Karikatur mehr zur Klärung einer Angelegenheit beiträgt als eine ernsthaftige Abhandlung, so auch in diesem Falle. Nur fürchte ich, wir haben noch viel zu viele Sportfanatiker, die vorläufig noch nicht daran denken, über den tiefen Sinn dieses heiligen Spieles sich den Kopf zu zerbrechen und verknüpfen zu werden. Aber so im Jahre 1950 — hoffe ich zuverlässig — wird mein Bild durch die illustrierte Presse der Welt gehen und ich werde die Vorbeeren meines gegenwärtigen Kampfes gegen den Sportfanatismus und gegen den Rekordwahnsinn pflücken können. Dann — voraussetzlich — werde ich mein Bild auf dem Titelblatt der „Berliner“ mit fottum Behagen betrachten und still-vernügt die Unterschrift lesen können:

„Ein neuer negativer Weltrekord!

Homo, der erste Deutsche, der in den letzten dreißig Jahren überhaupt nicht durch den Kanal geschwommen ist.“ Dies wünscht sich Homo.

Autostreifen über Leipzig.

Der Autoverkehr stellt an die Festigkeit der Straßen ganz andere Anforderungen als der Verkehr mit dem von Tieren gezogenen Geschirr. Der Kraftwagen befördert weit größere Lasten als das Spannwerk. Er fährt auch mit viel größerer Geschwindigkeit über die Straßen und überdies greift das zehrende Rad die Straßenbestreitung ganz anders an als der Pferdeshuf und das gezogene Rad. Daher hat die Straßenbautechnik künftig neue Wege einzuschlagen. Es gilt, Wege zu schaffen, die bei nicht allzu großen Herstellungskosten genügend Festigkeit und Dauer aufweisen. In der Nähe von Braunshweig wurde eine kreisförmig angelegte Verkehrsstraße gebaut, die verschiedenen Belastungen, damit sich erweilt, wie und mit welchen Materialien den Anforderungen in bester Weise nachzukommen ist. Es hat sich auch eine wissenschaftliche Studiengesellschaft in Charlottenburg gebildet, die sich vor allem zum Ziele gesetzt hat, die technischen Vorbedingungen für den Automobilstraßenbau zu schaffen.

Die Straßen in Deutschland sind arg heruntergewirtschaftet. Die Vernachlässigung des Straßenbaus und der Instandhaltungsarbeiten während des Krieges und während der Inflationsnot trägt sich jetzt schwer. In großen Teilen des Reiches sieht das Straßennetz vor dem Zusammenbruch. Es hätte schon ungeheure Mehraufwand gefordert, um es dem Vorkriegsverkehr, in dem das rasende Personauto und der schwerbeladene Kraftwagen noch eine unbedeutende Rolle spielten, wieder gemächlich zu machen. Der jetzt von Tag zu Tag rapid zunehmende Kraftwagenverkehr, der auch einen großen Teil des früher per Eisenbahn beförderten Gütes über die Straßen transportiert, macht die Wiederherstellung und Stärkung der Land- und Staatsstraßen zu einem dringenden und drängenden Gebot. Dazu kommt, daß der Schnellverkehr auf den Straßen auch weit durchgehende, von Nord nach Süd und Ost nach West des Reichs durchquerende Straßen erfordert.

Am 4. und 5. Oktober findet in Wiesbaden eine von der Charlottenburger Studiengesellschaft für Automobilstraßen einberufene Zusammenkunft statt, die sich mit diesem Problem befassen soll. In Sachverständigen- und Fachkreisen ist man der Auffassung, daß mindestens 5000 Kilometer solcher durchgehender Straßen gebaut werden müssen, um den dringendsten Bedürfnissen zu genügen. Von den geplanten Straßenstrecken sollen zwei auch Leipzig berühren. Eine, die von Steinfurth ausgehend, in südwestlicher Richtung über Leipzig nach Nürnberg und eine, die von Oppeln aus über Breslau in westlicher Richtung über Leipzig, Erfurt, Frankfurt, Mainz nach Saarbrücken führen soll. An weiteren Straßen von Ost nach West sind geplant, eine von Königsberg über Danzig, Berlin, Magdeburg, Düsseldorf und Köln nach Aachen, eine von Halberstadt über Krefeld, Kassel und Koblenz nach Luxemburg, während eine dritte (von Wien kommend) Passau über Nürnberg mit Frankfurt a. M. verbinden soll. Außerdem beabsichtigt man, zwei Nord-Süd-Strassen zu bauen, und zwar eine

Keine Typhusgefahr in Leipzig.

Die immer mehr um sich greifende Typhusepidemie in Hannover und ihr Uebergreifen auf Magdeburg beginnt auch die Gemüter anderer Städte zu beunruhigen. Das Gesundheitsamt der Stadt Leipzig sieht sich daher veranlaßt, mitzuteilen, daß kein Grund zu der Befürchtung vorliegt, auch die hiesige Bevölkerung könnte von dieser Epidemie heimgegriffen werden. Die medizinische Wissenschaft ist auch dieser tödlichen Krankheit durchaus gewachsen. Daß dennoch plötzlich Erkrankungen in größerer Zahl auftreten können, liegt vor allem daran, daß nach erfolgter Infektion meist längere Zeiträume, oft bis zu drei Wochen, vergehen, ehe die Infektion hervortritt und eine Typhuserkrankung sichtbar wird. Die plötzlichen Massenauftritte von Typhusfällen sind also durchaus keine Folge ärztlichen Versagens, sondern die Folge einer längeren Zeit hindurch verborgen gebliebenen Infektion. Trinkwasser und Milch sind häufig die Träger der Typhusbakterien gewesen. Erst Wochen nach deren Genuß trat die Infektion hervor. Selbstverständlich, daß dann aber auch alle, die von solcher Milch oder solchem Wasser genossen hatten, in Gefahr kamen. In Hannover war es das Trinkwasser, das die Bakterien zuführte. Wie aus der nachfolgenden Mitteilung des Rates hervorgeht, wird den vorbezeichneten Anstaltsquellen unausgesehrt die größte Aufmerksamkeit zugewendet, die selbstverständlich in dem Augenblick, als die Typhuserkrankungen in Hannover sich häuften, noch erhöht wurde. Das Trinkwasser in Leipzig kann, da es in Tiefbrunnen gewonnen wird, gar nicht so leicht mit Typhusbakterien in Berührung kommen. Außerdem wird es nicht nur auf sorgfältigste Weise filtriert, sondern auch ständig auf seine hygienische Beschaffenheit untersucht. Es hat sich trotz Verschärfung der Untersuchungen nichts Verdächtiges gezeigt. Das Milchverorgungsgebiet wurde ebenfalls unter verstärkter Beobachtung genommen. Auch dabei hat nichts Entdeckt werden können, was eine Gefahr bringen könnte. In dem ganzen für Leipzig in Betracht kommenden Milchverorgungsgebiet sind Typhuserkrankungen nicht zu verzeichnen. Nichtsdestoweniger ist Vorkehrung geboten. Milch ist ein besonders günstiger Nährboden für Typhusbakterien. Sofern aber die Milch gefocht genossen wird, ist die Gefahr beseitigt, da durch das Kochen die Bakterien getötet werden. Es ist daher dringend zu empfehlen, dem Rate des Gesundheitsamtes strikte zu folgen und Milch nur in gefochtem Zustande als Nahrungsmittel zu verwenden. Bisher haben sich, wie die Mitteilung des Gesundheitsamtes ebenfalls ausweist, gar keine über die durchgängige Ziffer hinausgehenden Erkrankungsfälle an Typhus gezeigt. Bleibt also noch die Einschleppungsgefahr. Aber auch diese braucht zu Befürchtungen keinen Anlaß zu geben. Einschleppungsfälle ereigneten sich oft. Sie haben,

selbst man den Krankheitserreger kennt und ihm mit Erfolg zu Leibe zu gehen vermag, nicht mehr zum Ausbruch von Epidemien geführt. Das Gesundheitsamt weist ausdrücklich darauf hin, daß Sommerfrischer auch in diesem Sommer typhuskrank nach Leipzig zurückkommen. Sobald die Krankheit erkannt ist, werden solche Kranke isoliert, damit sie nicht die Krankheitserreger auf Gesunde übertragen können. Alle diese Maßnahmen dürften dazu führen, daß ein epidemisches Auftreten von Typhuserkrankungen sich in Leipzig nicht bemerkbar macht.

Vom städtischen Gesundheitsamt wird uns geschrieben:

Die Massenerkrankungen an Unterleibstypus in der Stadt Hannover haben naturgemäß auch unter der Leipziger Bevölkerung Beunruhigung hervorgerufen. Ein Anlaß hierzu liegt aber nicht vor, da die Zahl der Typhuserkrankungen in Leipzig nur etwa die gleiche ist wie im Vorjahre. Im Jahre 1925 wurden vom 3. August bis 13. September 22 Erkrankungsfälle an Unterleibstypus gemeldet (darunter 2 Todesfälle); 1926 im gleichen Zeitraum 21 Erkrankungsfälle (darunter 5 Todesfälle). Wie alljährlich, so sind auch in diesem Jahre nachweislich wieder verschiedene Typhusfälle aus Sommerfrischen nach Leipzig eingeschleppt worden. Von einem epidemischen oder gehäuftem Auftreten des Typhus in Leipzig kann auf Grund der angeführten Zahlen im Hinblick auf die Größe und die Einwohnerzahl der Stadt nicht gesprochen werden.

Die Uebertragung des Typhus geschieht in erster Linie durch den Kranken. Daneben sind als hauptsächlichste Ansteckungsquellen Trinkwasser und mit Typhusbakterien infizierte und nicht entkeimte Milch anzusehen. Eine Gefahr der Verbreitung des Typhus durch die städtischen Trinkwasseranlagen besteht nicht. Leipzig besitzt kein Trinkwasser (nur Grundwasser, kein Oberflächenwasser!) aus dem Wasserwerken Rauhof und Canitz, die unter ständiger technischer und hygienischer Beaufsichtigung stehen. Bezüglich der Milch ist zu bemerken, daß in den Gegenden, aus denen Leipzig seine Milch in das Stadtgebiet einführt, gehäuftes Auftreten von Typhus nicht bekanntgeworden ist; die in dem angegebenen Zeitraum ärztlich gemeldeten Typhuserkrankungen im Stadtgebiet Leipzig sind außerhalb von Molkereien und Milchgeschäften vorgekommen und betreffen auch nicht Personen, die in solchen Geschäften tätig waren. Immerhin muß in Zeiten von Typhusgefahr der Einwohner zur Vorbeugung gegen eine Typhusansteckung durch Milch angeraten werden, Milch nur in gefochtem Zustande zu genießen.

Die eine Kirche enthüllt sich.

Im August haben die Bischöfe Deutsch-Oesterreichs gemeinsam eine Instruktion an den Klerus gerichtet, deren erfreulich unterschiedene Sprache unsere Auffassung bestätigt, daß zwischen kirchlichen und sozialistischen Prinzipien unüberbrückbare Abgründe bestehen.

Die Bischöfe weisen ihre Geistlichen an, „über die Irrtümer des Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus und über deren Betrübnis immerfort Aufklärung“ zu verbreiten, auch durch die Predigt! Sie verbieten allen „Glaubigen“ die Wahl von sozialdemokratischen Vertretern in Gemeinde, Land oder Bund. Sie rechnen denjenigen Eltern eine schwere Verfehlung an, die die Jugend den „Anderfreunden“ zuführen und sie vom Religionsunterricht abmelden. Sie geloben, alle Kraft daranzusetzen, die gesamte Lehrerschaft dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen. Sie erklären es für unerlaubt, daß ein wahrhaft kirchlich Gesinnter Mitglied einer Freien Gewerkschaft sei. Denn — die Begründung für alle Kampfmaßnahmen — „das sozialdemokratische Programm steht im Gegensatz zum Christentum“.

Wenn das die nahezu unsehnbaren Bischöfe verkünden, dann stimmt dieser letzte Satz gewiß. Jeder Sozialist und jeder Gewerkschafter, der bisher solchen Erörterungen und Ueberlegungen teilnahmslos gegenüberstand, präge sich den kostbaren Inhalt jener Instruktion unverlierbar ein! Wer ihn verkennt und dann noch immer Kirchensteuern zahlt, damit des Heindes Macht und Küftung stärkend, der fällt der gesamten Arbeiterbewegung als Verräter in den Rücken und gräbt sich und seiner Klasse in tödlicher Verblendung selbst das Grab.

Ja, Sachsen ist aber doch ein evangelisches Land, und die evangelische Kirche huldigt wohl kaum denselben Grundgedanken und der gleichen Praxis wie Rom?

Wer protestantische Kirchenblätter und Tagungen verfolgt, der weiß, daß dort nie ein Wort des Verständnisses oder gar der Sympathie für den Sozialismus zu finden ist, sondern höchstens einmal die schöne Geste der Abweisung mit Almosen und Brosamen, die von der Herren Lische fallen. Sozialistische Pfarrer — spärlichste Ausnahmen in der Masse der Hochbürgerlichen und Schwarzweikroten — sind einflußlos und geächtet. Noch immer haben bei Wahlen die evangelischen Verbände die Parole für rechts ausgegeben, und beim Volksentscheid war die „Volkskirche“ getreuer Fürstentum. Daß die neutrale weltliche Staatschule unentbehrlich ist für den wahren Volkstaat, der die Kindererziehung auf die Wissenschaft und auf die Pädagogik zu gründen hat, das werden die evangelischen Wortführer, rückwärts gewandt, bis zur letzten Lungenkraft abstreiten. Den evangelischen Arbeitervereinen haben sich in neuester Zeit evangelische Beamtenvereine angeschlossen, die sich gemeinsam dem gewerkschaftlichen Fortschritt entgegenstellen sollen.

Überall genau die gleiche Praxis wie bei der großen katholischen Schwester, der man heute ängstlicher und eifriger als je jede Bremsvorrichtung und jede Beschwichtigungsformel abkauft. Nur daß Rom das Blut eines christlichen, offeneren Kampfes für sich hat! Doch ein Wolf bleibt ein Wolf, auch wenn er im Schafsfelle und mit Schafsgewälden sich anstellt.

Welcher Gewerkschafter, welcher Sozialist will noch einen Heller zahlen, damit das morische, innerlich verrottete Kirchengebäude keine Scheinfassade aufrechterhalten kann? Wagt ihr denn für eure sauer erworbenen Groschen keine nützlichere, sinnvollere Verwendung?

Aufruf!

Aus Anlaß der Bundeschuleinweisung am 18. und 19. September werden noch Quartiere (Frei-Quartiere) benötigt. Meldungen nehmen alle Arbeiter-Turn- und Sportvereine Leipzigs sowie Unterzeichner entgegen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Der Wohnungsausschuß. Adolf Stone, Leipzig S. 3, Fichtstr. 36. Telefon 30 289 und 30 418.

Achtung, falsches Geld! In letzter Zeit haben sich die Fälle gemehrt, in denen es raffinierten Leuten gelungen ist, außer Kurs gesetzte Geldscheine verschiedener Sorten an den Mann zu bringen. Besonders schwer geschädigt wurde am Sonnabend ein hiesiges Unternehmen dadurch, daß sich ein Angefallter infolge Unkenntnis bewegen ließ, eine Reichsbanknote über 500 Mk. vom 27. März 1922 in Zahlung zu nehmen. Der unbekante Einzahler hat den Einbruch eines Handwerksmeisters gemacht. Er ist 35 bis 38 Jahre alt, 1,64 bis 1,68 Meter groß, breitschultrig, hat rundes, volles Ge-

von Hamburg über Hannover, Erfurt, Nürnberg nach München mit Fortführung über den Brenner und eine von Basel über Düsseldorf, Köln, Mannheim und Frankfurt nach Basel, die Strecke von Frankfurt an beiderseits des Rheins.

Wenn diese Projekte zur Ausführung kommen können, steht noch sehr dahin, denn die damit entfallenden Kosten sind enorm. In Sachverständigenkreisen schätzt man die Herstellungssumme pro Kilometer einer allen Anforderungen genügenden Straße auf 400 000 bis 500 000 Mark. Für 5000 Kilometer, deren Bau drängt, würden also 2 bis 2 1/2 Milliarden Mark erforderlich sein. Die Bauzeit ist auf fünf bis sechs Jahre angenommen. Ob es aber möglich sein wird, von den beteiligten Ländern und Gemeinden diese Summen aufzubringen? Warten wir es ab.

In Wiesbaden will man dann aber auch ein wissenschaftliches Straßenbauinstitut gründen, das mit der vorerwähnten Studiengesellschaft der Technischen Hochschule in Charlottenburg angegliedert werden soll. Es wird damit einem Wunsch Rechnung getragen, der schon vor Monaten von einer Reihe von Straßenbauverwaltungen geäußert wurde. Die Aufgabe dieses Instituts soll sein, die Untersuchungsmethoden für das Straßenbaumaterial zu verbessern, die zweckmäßigsten Straßenbaukonstruktionen zu ermitteln und die mechanischen und maschinellen Methoden des Straßenbaus zu vervollkommen. Die Finanzierung dieses Instituts gedenkt man den Straßenbauverwaltungen aufzuerlegen.

Die Abmeldungen vom Religionsunterricht gestiegen.

Die Anmeldungen der Schulkinder haben ein erfreuliches Ergebnis gebracht: Die Abmeldungen vom Religionsunterricht sind gesunken! Sehen wir ab von den wenigen Eltern, die noch keine Erklärung abgegeben haben, so steht für die Ostern 1927 Eintretenden fest: Dem Religionsunterricht zugeführt werden 3631 Knaben und 3453 Mädchen, insgesamt 7084. Der Lebensstand werden angetraut 1478 Knaben und 1276 Mädchen, insgesamt 2754.

Von den Eltern der Schulkinder sind 23 Prozent so einsichtig, ihr sechsjähriges von unverständlichen, äußerlich aufgezwungenen Glaubensformeln fernzuhalten und einem pädagogisch und wissenschaftlich begründeten Unterricht den Vorzug zu geben. „Nur“ 28 Prozent! Ostern 1926 waren es 26. Nur nicht kleinlautig sein! Ostern 1918 waren es sozusagen null Prozent. Wer damals prophezeit hätte, in wenigen Jahren würde ein beträchtlicher Teil der Eltern auf die Gnadenglieder der Kirche verzichten, der hätte rundum ein mitleidiges, abweisendes Kopfschütteln gefunden. Gewiß festet die Kirche noch die Mehrheit. Über der Gang der Entwicklung zeichnet sich klar ab: ihre Niedriglage naht.

Die Kirche hatte es sich im August ein gut Stück Geld kosten lassen und in nahezu alle Haushaltungen Leipzigs ein Flugblatt gemorfen: „Bedenkt, Eltern! Ein Kind, das nicht vom ersten Schuljahr an Religionsunterricht genießt, wird nicht konfirmiert!“ Bessere und sachlichere Gründe für die Notwendigkeit, Unmündige in den „Geist des Bekenntnisses“ zu binden, werden nicht mehr vorgebracht — es gibt eben keine.

Doch selbst dieser Popanz verliert langsam seine Zauberkraft. Die Jugend weicht jetzt sich durch gegenüber dem verstaubten, sinnlosen, ja unmoralischen Brauch, vierzehnjährige auf die Dogmen des 16. Jahrhunderts ein Gelübde ablegen zu lassen. Wer vorwärts und aufwärts will, der verharret nicht bei den Glaubenssätzen und Zeremonien überholter Zeiten. Keiner erlaube in der Werberbeit für unsere Ueberzeugung und für unsere Ideale!

Das neue Strafgesetz und die Todesstrafe!

Ueber dieses Thema spricht Frau Dr. Effeim am Donnerstag, den 16. September 1926, abends 1/8 Uhr, im Volkshaus in einer öffentlichen

Volks-Versammlung

Einwohner Leipzigs! Bekundet euer Interesse an der Neugestaltung des deutschen Strafrechts! Kommt in Massen in diese Versammlung.

S.P.D. Groß-Leipzig

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Sachsenfeld. Freitag, den 17. September, abends 8 Uhr, in der Bibliothek: Funktionäre. Erschienen aller ist Pflicht.

Frauen der SPD Groß-Leipzig.

Wir treffen uns an den bekannten Stellen und marschieren geschlossen zum Volkshaus, um die öffentliche Versammlung zu besuchen.

W o d a u trifft sich Punkt 7 Uhr an der Leonhardtstraße. D o l i g. Der Frauenabend fällt aus; dafür gehen wir alle ins Volkshaus.

Frauen.

Alt-Leipzig. Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr, im Nebenraum links im Volkshaus: Vortrag des Genossen Alfred Moritz über: Das Kinderwertigkeitsgefühl der Frau.

Viebertswitz. Freitag, den 17. September, abends 8 Uhr, im Schwarzen Hof: Vortrag der Genossin Klara Boldt über: Die Aufgaben der Frauen bei den kommenden Wahlen.

Lindenthal. Donnerstag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Ratskeller: Vortrag der Genossin Klara Boldt über: Die Aufgaben der Frauen bei den kommenden Wahlen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Leipzig.

Wir beteiligen uns heute (Mittwoch) an der Werberveranstaltung des Gewerkschafts-Jugendrats im Volkshaus, großer Saal. Der Liedersänger trifft sich pünktlich 1/8 Uhr im Volkshaus-Garten.

Rassenangelegenheiten. Nachfolgende Gruppen sind mit der Abrechnung der Beiträge im Rückstand: Keustadt (April) — Alt-Leipzig (August) — Sünz (August) — Thonberg-Stötterich (August) — Wahren (August) — Klein-Schöcher (Juli).

Zeitschriften haben noch nicht abgerechnet: Volkmarstorf, Nr. 7. — Alt-Leipzig, Nr. 8. — Connewitz, Nr. 8. — Klein-Schöcher, Nr. 8. — Lindenau, Nr. 8. — Othen, Nr. 8. — Paunsdorf, Nr. 8. — Sünz, Nr. 8. — Wahren, Nr. 8.

Rassenberichtsbogen fehlen immer noch von den Gruppen: Connewitz (1. und 2. Quartal). — Eutritzsch (1. Quartal). — Gohlis (1. Quartal). — Großschöcher (1. Quartal). — Mödern (1. Quartal). — Keustadt (1. und 2. Quartal). — Schönfeld (1. und 2. Quartal). — Sünz (1. und 2. Quartal). — Thonberg (2. Quartal). — Diese Bogen müssen bis spätestens Dienstag, den 21. September, im Sekretariat eingegangen sein.

Jungsozialisten.

Donnerstag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Heim, Töpferstraße 2, Zimmer 3: Politische Tagesfragen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Sachsenfeld. Gerhard's Gruppe trifft sich am Sonnabend um 4 Uhr am Schmudplatz. Wir fahren 5,13 Uhr vom Hauptbahnhof nach Großschöcher. Essen und Decke mitbringen.

Mitglieder-Beranstellungen

Sachsenfeld. Am Donnerstag bzw. Freitag: Allgemeine Flugblattverbreitung. Alle Funktionäre, Mitglieder und die Jugend müssen mit helfen.

Paunsdorf. Sonnabend, den 18. September, abends 1/8 Uhr, im Gutspart: Wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Wolke über: „Der Kampf der Arbeiter um die Umwälzung der Gesellschaft.“ 2. Parteiangelegenheiten.

Der für Sonntag, den 19. September, angelegte Besuch des Zoologischen Gartens findet am 26. September statt.

Wichtig. Heute Mittwoch, 8 Uhr, im Goldenen Stern: Großer Lichtbildervortrag: Die Geschichte der Arbeit. 2. Teil: „Der Mensch in der Vorzeit.“ — 30 Pfg. — Nachmittags 4 Uhr: Lustiger Kinder-nachmittag. — 15 Pfg.

licht, nach hinten gekämmtes Haar, blonden, breiten, kurzgeschnitzenen Schnurrbart, trag dunklen Jacketanzug und ging ohne Kopfbedeckung. Bei seinem etwaigen Wiederauftreten wolle man ihn festnehmen lassen. Auch alle anderen Personen, die den Versuch machen, mit verfallenen Geldsorten zu bezahlen, wolle man der Polizei übergeben.

Kinderfest. Zu einem Kinderfest hatten am 12. September die westlichen Elternräte des Westens geladen. Etwa 800 Kinder waren dem Rufe gefolgt und führten in einem stattlichen Festzuge den Bewohnern des Westens vor Augen, daß die westliche Schule auch in diesen Stadtteilen auf dem Marsche ist. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Genossen Zeiler, die besonders den Wert der Erziehung zur Gemeinschaft auf westlicher Grundlage hervorhob, vereinigten sich Kinder und Erzieher zu fröhlichem Spiel auf dem Sportplatz des Arbeiterturnvereins L-West. Anschließend wies Genosse Weile in einem wirkungsvollen Referat auf die großen Gefahren des kommenden Reichsschulgesetzentwurfes und des Gesetzes zur Mahrung der Kinder vor Schmutz und Schund hin. Darob war der Himmel erregt und ergoß seine Fluten über die bunten Festwiese. Doch die Jugend ließ sich nicht unterkriegen, und bald schallten wieder fröhliche Weisen dem abziehenden Gewitter nach.

Jugendherberge. Man schreibt uns: Der übrigen Arbeit der Riesaer Ortsgruppe im Verband für deutsche Jugendherbergen ist es gelungen, unter starker Unterstützung der Stadtverwaltung Riesa und Freunde der Jugend in der ehemaligen Kaserne, Kasernestraße 3, eine schmale Jugendherberge und Jugendheim zu schaffen. Zwei schöne, mit freundlichen Farben ausgestattete Tagessäle nehmen die müden Gäste auf. Gaststube zum Selbstbedienen von Speisen ist vorhanden. Die sanitären Verhältnisse müssen als vorbildlich bezeichnet werden. Die Waschgelegenheiten sind mit fließendem Wasser versehen. Brause- und Bannenbad stehen den Jungwanderern zur Verfügung. Hohe, lustige Schlafräume, alle Betten mit weißer Wäsche überzogen, laden zum Ausruhen ein. Bei der Schaffung der Herberge hat man sich von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß für unsere Jugend nur das Beste gerade gut genug ist. Aller wanderfröhlichen Jugend sei der Besuch dieser Herberge angelegentlich empfohlen. Anmeldungen gehen an Herrn Schulleiter Hofmann in Riesa, Goethestraße 3.

W W. Von unsern Anrechtlern hat sich ein so großer Teil für das Pflichtenrecht entschieden, daß wir im nächsten Monat die Pflichtenrechner nach Bezirken für die einzelnen Veranstellungen aufrufen werden. In diesem Monat bitten wir die Pflichtenrechner, die für „Bohème“ keine Karten erhalten können, die „Dihello“-Vorstellung am 21. September als Pflichtvorstellung zu betrachten. Wer in diesem Monat keine Karten für „Bohème“ erhält, bekommt im nächsten Monat Opernkarten.

Altenabende. 44. Volksschule: Mittwoch, den 16. September, abends 7.30 Uhr: 1. Gesellige Vorträge durch den Schulchor; 2. Gedichtsvorträge; 3. Licht- und Filmbilder „Die Alpen“; 4. Die Selbungsfrage. — Eintritt 10 Pfg.

Kentner, Füllergeempfinger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Arbeitsbeschäftigte. Ausgabe von frischem Schweinefleisch (gute Qualität), Freitag, den 17., und Sonnabend, den 18. September, ab 8 Uhr früh im städtischen Schlachthof. Einheitspreis für Rind, Rente, Hamm, Bauch das Pfund 1.03 Mark. Schmeer und Fett das Pfund 98 Pfennig. Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Von einem Radfahrer ungerissen. Von einem übermäßig schnell fahrenden Radfahrer wurde am Dienstagvormittag in der No. 10 Straße eine 75 Jahre alte Frau ungerissen. Sie brach dabei den linken Oberarm und wurde zunächst nach der Sanitätswache im Hauptbahnhof gebracht, wo ihr ein Notverband angelegt wurde. Alsdann konnte sie sich selbst zu einem Arzt begeben.

Sächsische Angelegenheiten

Keine Einheitsliste, aber Einheitsfront des Bürgertums.

Als Stahlhelm und ähnliche Organisationen vor etwa vier Wochen ihren Aufruf zur Sammlung aller Gleichgesinnten für den bevorstehenden Wahlkampf erließen, wobei sie auch die „Allsozialisten“ mit in ihre Front aufnehmen wollten, herrschte bei den Reaktionsären eitel Freude und Wonne. Jetzt bläst die ganze Korona Trübsal, weil die Einheitsliste endgültig gescheitert ist. Am Montag hat bei den erneuten Verhandlungen über die Einheitsfront die Wirtschaftspartei erklärt, daß sie, nachdem die Demokraten eine Beteiligung an der Einheitsliste abgelehnt hätten, sich an den Verhandlungen nicht weiter beteiligen wollten, da ja nun eine Einheitsfront nicht mehr bestehe. Offiziell verkünden die Einheitsfrontler: „Die Verhandlungen werden jedoch, auch mit der Wirtschaftspartei, noch fortgesetzt. Die Aussichten auf ein Zustandekommen der Einheitsliste sind aber sehr gering geworden.“

Nach dem Stahlhelm übernahm der Landesbürgerrat die Führung der Verhandlungen über die Einheitsfront. Der Verband Sächsischer Industrieller setzte sich mit aller Kraft für die Einheitsfront ein. Er ging sogar offen gegen die Widerstrebenden vor, indem er seine Mitglieder aufforderte, keine Wahlgelder an die politischen Parteien zu leisten. Das alles hat nichts genützt. Das Geschäft ist gescheitert, weil sich die Geschäftshüter bei der Mandatsverteilung nicht einigen konnten. Sie wollten das Fell des noch nicht erlegten Bären verteilen; darüber sind sie sich so in die Haare gefahren, daß die ganze Einheitsfrontliste pleite machte. Mit tiefer Betrübnis stellen die reaktionären Blätter fest, daß nunmehr mindestens mit der doppelten Anzahl von bürgerlichen Wahlvorschlägen gerechnet werden müßte, als bei früheren Wahlen.

Trotz des Scheiterns der Einheitsliste werden die bürgerlichen Parteien in geschlossener Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse stehen! Sie werden die Spießer ausputzen mit der Parole: „Nie wieder Sowjet-Sachsen!“ Demgegenüber muß die Arbeiterschaft jäh die Parole befolgen:

Für die proletarische Landtagsmehrheit!

Den bürgerlichen Lügen über Sowjet-Sachsen muß die Arbeiterschaft die Schandtat der Bürgerlichen gegenüberstellen. Noch ist nicht vergessen, wie die Reichswehr in Sachsen gekauft hat. Noch sind die Toten und Verwundeten der Arbeiter nicht gerächt, noch sind die unmenschlichen Mißhandlungen an der frieblichen Einwohnerhaft Sachsens nicht gerächt! Die politische Vergewaltigung Sachsens, die Schandtat der Koalitionsregierung an der Gemeindefürsorge, an dem kulturellen Fortschritt im Schulwesen, die unerhörte Klassenjustiz usw. schreien nach Vergeltung! Bald nach der Tag der Abrechnung, an dem die Arbeiterschaft den Reaktionsären und ihren Helfershelfern eine vernichtende Niederlage beibringen wird. Proletarische Landtagsmehrheit! Damit gründlich ausgeräumt werden kann mit dem Schutt, den die Koalition in Sachsen aufgeschüttet hat!

Eigene Listen der Spaxer.

Die sächsische Organisationsleitung des Spaxer- und Hypothekengläubigerbundes hat beschlossen, um zu verhindern, daß den bürgerlichen Parteien, die gegen die Spaxer aufgetreten sind, Spaxerstimmen zufallen, bei den kommenden Wahlen eigene Listen aufzustellen.

Die Landschulen in Sachsen.

Die neueste Nummer der Sächsischen Schulzeitung ist der Arbeit der Landlehrer gewidmet. Interessant sind die Angaben über die Verhältnisse in den sächsischen Landschulen, die auf Grund einer Denkschrift des Deutschen Lehrervereins geschildert werden. Das Material dieser Denkschrift ist allerdings zum großen Teil veraltet, beruht es doch auf der amtlichen Schulstatistik 1921/22, liegt also ziemlich fünf Jahre zurück. So klein nun eine Zeitpanne von fünf Jahren sonst auch ist, so bedeutet doch gerade dieser Zeitraum für die Entwicklung der sächsischen Landschule außerordentlich viel. Ist doch im Juli 1922 für Sachsen das Schulbedarfsgesetz erlassen, das gerade für die Entwicklung des Schulwesens außerordentlich förderlich gewesen ist und das auf eine Reihe von Jahren auch weiter den Ausbau der Landschule beschleunigen wird. Wenn nach der Denkschrift im Jahre 1921 in Sachsen noch 602 Schulen mit nur einem Lehrer bestanden, so dürfte das jetzt nicht mehr stimmen. Nur 14 Prozent der Gesamtzahl der Schullinder in Sachsen werden in Landschulen, also in wenig gelehrten Schulen, unterrichtet. Die Angaben, wieviel Schüler im Durchschnitt auf eine Lehrkraft entfallen, sehen für Sachsen auf den ersten Blick recht ungünstig aus. Ausdrücklich sei erwähnt, daß es sich nur um Landschulen handelt. Sachsen steht in diesem Abschnitt unter den 18 deutschen Ländern fast durchweg an vordritter oder vierter Stelle, Bayern und Preußen, die Länder mit der einstufigen Schulreform, stehen in einigen Ueberblicken wesentlich weiter vorn als Sachsen. Die Durchschnittszahlen lauten für Sachsen wie folgt:

In 2-klassigen Schulen kommen auf eine Lehrkraft	64,4 Schüler (64,8)
„ 3 „ „ „ „ „ „ „	58,2 „ (54,8)
„ 4 „ „ „ „ „ „ „	67,1 „ (50,5)
„ 5 „ „ „ „ „ „ „	57,5 „ (56,1)
„ 6 „ „ „ „ „ „ „	63,2 „ (55,1)
„ 7 „ „ „ „ „ „ „	62,9 „ (50,0)
„ 8 „ „ „ „ „ „ „	58,8 „ (55,2)

In Kammer sind die Reichsdurchschnitte angegeben. Abgesehen davon, daß das Material zum Teil auch hier veraltet ist, muß man bedenken, daß, wenn beispielsweise in einer sächsischen zweistufigen Schule 64 Kinder sitzen, diese in zwei Klassen unterrichtet werden, so daß es der Lehrer gleichzeitig nur mit 32 Schülern zu tun hat, während der preussische Lehrer in seiner einstufigen Schule gleichzeitig 45 Schüler und mehr unterrichten muß. Wenn also auch in diesem Falle auf den einen Lehrer 64 und auf den anderen 45 Kinder kommen, so muß doch zwischen den beiden unterrichtlichen Ergebnissen ein wesentlicher Unterschied bestehen. Dann ist der Prozentlag der Landschulen Sachsens im Vergleich mit der Gesamtzahl der Schulen ein niedrigerer als im Reich und in den großen Staaten. In Sachsen lauten die Prozente 68, in Preußen 75, in Bayern 86, im Reich 78.

Der alte reaktionäre Kurs.

Schulgebet, Lebenskunde.

Im Frühjahr hatte sich der Landesverband Sachsen des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands mit zwei Eingaben an das Ministerium für Volksbildung gewendet. In der ersten Eingabe hatte er nach eingehender Begründung gebeten, daß das Schulgebet in allen Klassen, die nicht einheitlich zusammengesetzt sind, für unzulässig erklärt würde. Die Eingabe bezweckte nichts anderes als Wiederherstellung der Verordnungen des Ministeriums v. 1913, die das Schulgebet verboten hatte. Jetzt hat die obersächsische Schulbehörde geantwortet, daß sie keinen Anlaß finde, ihre Verordnung vom 14. Januar 1924 aufzuheben, „weil genügend begründete Beschwerden dagegen in beachtlichem Umfang bisher nicht an das Ministerium gelangten.“ In der zweiten Eingabe, die auch

den Landtag beschäftigt hat, hatte der Landesverbandsvorstand um Bereinstellung von Mitteln für mehr Lehrstunden und entsprechende Verordnungen gebeten, daß die vom Religionsunterricht abgesehenen Kinder in bezug auf ihre Gesinnungs- und Gemütsbildung den am Religionsunterricht teilnehmenden Kindern völlig gleichgestellt werden. Darauf hat das Ministerium unter Hinweis auf frühere Verordnungen geantwortet, daß die Schulbehörde wegen eines Mehrbedarfs an Lehrstunden (für „sittliche Lebenskunde“) rechtzeitig Anträge zu stellen hätten und daß u. U. die Eltern, die sich im Interesse ihrer Kinder benachteiligt fühlten, sich an den Schulbezirk bzw. beschwerdeführend an das zuständige Bezirksschulamt zu wenden hätten.

Beide Entscheidungen müßten für alle fortschrittlich denkenden Eltern, für die Freunde der freien weltlichen Schule der Anlaß sein, dem Schulgebet und dem Unterricht in Lebenskunde die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die erste Entscheidung ist ja geradezu ein Hinweis: Beschwerd euch, wenn in den Klassen eurer Kinder noch arbeitet! Nur wenn die Freunde der weltlichen Schule das Ministerium genau so mit Eingaben befürmen, wie das die sächsischen Elternvereine tun, können Eltern und Kinder allmählich zu ihrem Recht gelangen. Am so nötiger ist der feste Zusammenschluß dieser Eltern im Bund der freien Schulgesellschaften, deren Landesverband Sachsen (Zeitung Dresden-N. 6, Klausstr. 25) die Interessen der Freunde der weltlichen Schule vertritt.

Altenabende in Dresden.

Der Landesverband Sachsen des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands hält am 18. und 19. September im Dresdner Volkshaus seine Jahresversammlung ab. In einer Mittelsabendsversammlung am 18. September, abends, wird Herr Willi Steiger, Lehrer in Hetttau, einen Lichtbildervortrag über „Lebenskunde“ halten, der von Kammermusikvorträgen Dresdner Lehrer umrahmt wird. Für die Vertreterversammlung am 19. September, vorm. 9 Uhr, steht neben den üblichen Berichten, Wahlen und Anträgen als wichtigster Punkt der Vortrag des Herrn Dr. Franz Wokauer, des Leiters der Dresdner Volkshochschule, über die Tagesordnung: Restliches Kulturgut und sittliche Erziehung in der weltlichen Schule. Der Landesverbandsvorstand erwartet angelegentlich der schulpolitischen Lage — Landtagswahl, Reichsschulgesetzgebung — regste Teilnahme aus allen Ortsvereinen.

Ein Täuschungsmanöver?

Wie die bürgerliche Presse erzählt, wird die USPS, als Spitzenkandidaten ihren Parteivorstand, Kreishauptmann Bud, aufstellen. Die Reihenfolge der übrigen Kandidaten steht noch nicht endgültig fest.

Offenbar glaubt die USPS, daß allein Bud über die nötige Jugkraft verfügt, um die Wahlbatauge nicht zu groß werden zu lassen. Tatsächlich dürfte es sich hier um ein wohlüberlegtes Täuschungsmanöver handeln, da Bud gar nicht ernsthaft als Landtagsabgeordneter in Frage kommt.

Landtagskandidaten.

Der SPD-Parteitag des 8. Unterbezirks (Freital) wählte als Landtagskandidaten die Genossen Schleinh (Gittersee) und Schirmer (Freital), der 8. Unterbezirk (Pirna) den Genossen Schwarz, die Generalversammlung des 2. Unterbezirks (Löbau) die Genossen Gütler (Preußendorf) und Lorenz (Löbau).

Die Delegiertenversammlung der SPD, des 16. Unterbezirks nahm eine Abstimmung über die Kandidatenaufstellung vor, die folgendes Ergebnis hatte: Genosse Sigmund 57 Stimmen, Genosse Feilich 54 Stimmen, Genosse Gerlach 37 Stimmen, Genossin Schlag 33 Stimmen.

Oberbürgermeister Wähler Spitzenkandidat. Der Ortsverein Dresden der Deutschen Volkspartei beschloß, dem Wahlkreisvorsitzenden von Ostschlesien die Auffstellung der bisherigen Abgeordneten mit Oberbürgermeister Wähler an der Spitze wieder zu empfehlen.

Deutschnationale Parteifreie. Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Iller ist aus der deutschnationalen Partei und der deutschnationalen Landtagsfraktion ausgetreten, weil er die deutschnationale Reorganisation nicht mehr mitmachen wolle. Da Herr Iller noch Landtagsabgeordneter ist, hat der Wahlausschuß der deutschnationalen beschlossen, Iller zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern. Iller ist ungefähr die gleiche politische Qualität wie Böner, das sagt genug.

Staatliche Münzfälschen. Im Monat August sind von der Staatlichen Münzfälsche in Müdenbüttel ausgeprägt worden: für 1 000 000 RM. Zweimarkstücke und für 11 300 RM. Fünfpfennigstücke.

Pirna. Brandkiffer. Der Autobesitzer Frauenlob in Pirna wurde verhaftet und der Staatsanwaltschaft Dresden zugeführt. Er wird beschuldigt, seine am 5. September niedergebrannte Scheune selbst in Brand gesteckt zu haben, um die Versicherungssumme zu erlangen.

Wöbau. Blutiger Ausgang eines Feuerwehreffes. Einen blutigen Ausgang nahm das Fest der Feuerwehr in Ottenhain. Der in der Feuerwehrkapelle mitwirkende Maurer Dawin Wünsche geriet infolge eines Streites mit Kameraden in sinnlose Wut. Er eilte nach Hause und holte sich einen Revolver. Mit diesem bedrohte er alle Personen, die vermitteln wollten. Auf den Bruder des Bürgermeisters Geier gab er einen Schuß ab. Geier flüchtete in das Haus seines Bruders, in das ihm Wünsche folgte. Als ihm hier der Bürgermeister entgegentrat, gab Wünsche einen zweiten Schuß ab, worauf der Bürgermeister in der Notwehr aus einer Jagdbüchse auf den Wüterich schoß. Wünsche, der in die Brust getroffen wurde, verstarb nach kurzer Zeit.

Wöbau. Mehrere Kinder von einem Postauto überfahren. Drei Kinder, die beim Spielen vor einem Postauto herliefen, wurden von diesem überfahren. Zwei der Kinder mußten schwerverletzt vom Pfluge getragen werden. In dem Aufkommen des einen wird gezwifelt, der dritte Knabe dagegen froh unverletzt unter dem Wagen hervor. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Wöbau. Das Opfer einer Familientragödie. Am Montag ist das vier Wochen alte Töchterchen eines hiesigen Warenhändlers an den Folgen einer Gasvergiftung gestorben. Der Vater des Kindes hatte am Sonnabend in Abwesenheit seiner Frau den Verluh gemacht, sich und das Kind in der Küche seiner Wohnung mit Gas zu vergiften. Während die bei ihm angestellten Arbeiterüberwachungsleute von Erfolg waren, ist das Kind der Tragödie zum Opfer gefallen.

Zwickau. Kinderelend. Eine schulärztliche Untersuchung ergab, daß in 143 Klassen von 4327 Kindern (vier Jahrgängen) der allgemeine Gesundheitszustand der Kinder etwas besser geworden ist. Die Hälfte der Kinder befindet sich in mittleren, ein Prozent in schlechtem Ernährungszustand. Die Zahl der Haltungfehler und Wirbelsäulenverkrümmungen hat zugenommen.

Berichtungs-Kalender

Mittwoch, den 15. September 1926:

Bund soj. Freidenker, L.-Ost, Reichshallen, Elisabethstr., 1/8 Uhr. Maurer, Volkshaus, 7 Uhr. Steinträger, Volkshaus, 1/8 Uhr.

Donnerstag, den 16. September 1926:

Bund soj. Freidenker, Connewitz, Wönia, Dölich, Goldenener Stern, Wönia, 8 Uhr. Bund soj. Freidenker, Volkshaus, 1/8 Uhr.

Tagesordnungen gsm. in vorausgegangenem Inseraten ersichtlich.

Von Nah und Fern

Sement gegen „Nacktkultur“.

Die rheinische Stadt Biersen, natürlichst framm katholisch, hatte ein Kriegerdenkmal anfertigen lassen. Der Entwurf kamnte von einem angesehenen Münchener Künstler, und die Geschichte kostete der Stadt eine Menge Geld. Allein bei der Enthüllung stellte sich etwas Furchtbares heraus. Der Künstler hatte die Figur, einen nackten Krieger, nicht mit dem in Leipzig so beliebten Feigenblatt, sondern als wirklichen Mann dargestellt. Natürlich konnten sich das die Tugendbewahrer in Biersen nicht gefallen lassen, am wenigsten die toufurierten Schwarzröde, die bekanntlich ein Monopol für die Feststellung der allein wahren Sittlichkeit haben. Am nächsten Tage erhielten dann auch einige ehrsame Maurerpoliere den Auftrag, den Krieger „anständig“ zu machen. Ihm wurde kurzerhand ein Zementsturz um die Lenden gekleistert; der Kriegermutter, die ebenfalls unbekleidet war, wurde der Busen vermauert. — Nun steht nur noch, daß mit den Biersener Mudererfrauen desgleichen geschieht und daß den dito Mudererfrauen außer dem Busen auch sonst noch was zementiert wird.

Selbstmord-Statistik.

In Preußen wurden im Jahre 1924, im ersten Jahre nach der Markstabilisierung, 8590 Selbstmörder gezählt, 6251 männliche und 2339 weibliche. Auf 100 000 Einwohner kamen 23 Selbstmörder gegen 22 im Jahre 1913. Das Jahr 1925, für welches Zahlen noch nicht vorliegen, brachte ein starkes Ansteigen der Selbstmörderzahl; noch härter war diese Zunahme im bisherigen Verlauf des Jahres 1926.

Von den männlichen Selbstmördern waren im Jahre 1924 bis 15 Jahre alt 56, zwischen 15 und 30 Jahre alt 1905, zwischen 30 und 60 Jahre alt 2785 und über 60 Jahre alt 1421. Weibliche Selbstmörder unter 15 Jahren wurden nur 5 registriert; in der zweiten Altersgruppe 758, in der dritten 1078 und in der letzten 502. Im Verhältnis zur Zahl der den einzelnen Jahresgruppen angehörenden Menschen steigt also die Selbstmörderzahl mit dem zunehmenden Alter.

Erhängen ist immer noch die verbreitetste Selbstmord-Methode. Im Jahre 1924 wurde sie von 2877 Männern und 706 Frauen benutzt. Danach folgt bei den Männern Ertrinken mit 1503 und bei den Frauen Ertrinken mit 558 Fällen. Vergiftung durch Selbsteinatmung nahmen im Jahre 1924 470 Männer und 460 Frauen vor. Die Sommerzeit brachte 1924 die meisten Selbstmorde. Der Mai steht mit 835 Fällen als selbstmordreichster neben dem Februar mit 494 Fällen als selbstmordärmster Monat.

Frau Gräfin erblich.

Nach dem Fall der Gräfin Wollmer ist jetzt in Potsdam gegen die Witwe des Professors Dr. Schnabel, geborene Gräfin von Leiningen, wegen schwerer Urkundenfälschung ein Strafverfahren eingeleitet worden. Prof. Schnabel heiratete vor einigen Jahren die Gräfin von Leiningen. Im Dezember 1924 starb er plötzlich. Ein Testament war zunächst nicht aufzufinden. Als im Auftrag der Witwe im Robert-Roch-Institut die Bücher des Verstorbenen abgeholt werden sollten, fand man in einem der Bücher ein Schriftstück mit den Worten „Mein Testament“, in dem die Gräfin als Universalerbin des großen Vermögens eingesetzt wurde. Bei einer Nachprüfung durch Schriftsachverständige erkannten diese die Handschrift der Gräfin. Nunmehr legte diese ein Geständnis ab, das sie vor dem Potsdamer Oberstaatsanwalt wiederholte.

Beginn des Schröder-Prozesses.

Am Donnerstag wird vor dem Magdeburger Schwurgericht der Mordprozess Schröder beginnen. Schröder wird des Raubmordes, der Schießfälschung und der Verleitung zum Meineid angeklagt.

Schießerei mit der Polizei.

Als in Steyrade (Rheinland) ein Kriminalbeamter einen Arbeiter festnehmen wollte, schloß dieser auf den Beamten, der einen Oberschützenhahn erhielt. Einem zu Hilfe eilenden Polizeibeamten brachte er mehrere Schüsse bei, die dessen Tod befrachten lassen.

In Lünen bei Dortmund überraschte ein Fahrradhändler in seinem Laden mehrere Einbrecher. Die Einbrecher brachten dem Besitzer einen schweren Baufeldschuß bei und flüchteten in Richtung Dortmund. Als sie unterwegs von einer Polizeistreife gestellt werden sollten, entwickelte sich eine Schießerei, in deren Verlauf ein Einbrecher durch einen Kopfschuß getötet wurde. Ferner wurden 2 Oberwachmeister schwer verletzt.

Frau Professor Lensch ertrunken.

Wie der Vossischen Zeitung gemeldet wird, ertrank in dem Ostseebad Wismar die Gattin des früheren Redakteurs der Leipziger Volkszeitung, jehigen Berliner Universitätsprofessors und ehemaligen Chefredakteurs der Stimmlosen Deutschen Allgemeinen Zeitung Paul Lensch, beim Freibaden in der Nähe der Seebrücke.

Ludendorffs zweite Verheiratung.

Dienstagvormittag fand in Tuhing am Starnbergersee die zweite Verheiratung Erich Ludendorffs mit Dr. Mathilde vom Remnig statt, derenwegen die erste Ehe Ludendorffs geschieden wurde. Erich Ludendorff kam in alter Generalsuniform mit Orden. . .

Nur 38 Instanzen.

Bei der Behandlung der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Bauvorhaben dadurch künstlich erschwert werden, weil erst eine Unmasse Instanzen passiert werden müssen, um die Baugenehmigung zu erhalten. Es wurde kürzlich festgestellt, daß jemand, der in Berlin bauen will, 38 verschiedene Amtsstellen durchlaufen muß, ehe er glücklich so weit ist, den Bau in Angriff nehmen zu können. Es ist leicht auszurechnen, wie lange Zeit derjenige braucht, der die verschiedenen Instanzenweg zu durchlaufen unternimmt. Der Bureaumatismus steht in Deutschland immer noch in schönster Blüte.

Wilde Richter.

Das Schöffengericht in Karlsruhe verhandelte gegen die Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Durlach, die beschuldigt wurden, eine schwarzrotgoldene Fahne, die vor dem Hause des sozialdemokratischen Bürgermeisters aufgestellt war, abgesehen und verbrannt zu haben, außerdem hatten sie Anschlagstäben des Reichsbanners entwendet und im Feld weggeworfen. Die Angeklagten gaben ihre nächsten Lausbubenanten ohne weiteres zu. Den nötigen „Mut“ hatten sie sich in einer Hitzeverammlung geholt, in der der Landesleiter der Nationalsozialisten zu solchen Taten direkt aufgefordert hatte. „Auf jeden Schlag, den man bekomme, müsse man zwei zurückgeben“, so hatte der Landesleiter erklärt. Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der eine empfindliche Gefängnisstrafe verlangte, verurteilte das Gericht zwei der Hitzelunglinge zu je 100 M. Geldstrafe und den dritten zu 50 M.

So schickt die deutsche Justiz die Reichsfarben und die Abzeichen der Republik!

Sorgen des Vatikan.

Tawohl, die haben Sorgen! Professor Biagetti, der künstlerische Leiter der vatikanischen Museen, hat sei langem gefunden, daß der Thronstuhl, auf dem der Papst zum feierlichen Gottesdienst in die Peterskirche getragen wird, sehr unbequem sei. Biagetti will ihn nun durch einen einfacheren und praktischeren Sessel ersetzen, dessen Ornamente beschleuniger gehalten und der überhaupt wesentlich kleiner sein soll; die Stufen, auf denen der Papst emporsteigt, sollen weniger zahlreich, der Baldachin leichter sein. Der Papst hat den neuen Thronstuhl bereits beprobt und ihn für zweckmäßig befunden; bevor er jedoch seiner Bestimmung übergeben wird, muß der Zeremoniar, Monsignore Respighi, befragt werden, ob der authentische Urteil darüber fällt wird, ob der Eindruck der heiligen Zeremonien nicht durch den allzu schmucklosen neuen Thronstuhl des Papstes beeinträchtigt wird. Die haben Sorgen!

Das Saxophon als Volksinstrument.

Während unter den Berufsmusikern immer mehr Stimmen gegen das Saxophon laut werden, gewinnt es in Amerika zusehends an Popularität in den breiten Kreisen der Bevölkerung. Und zwar nicht nur als Instrument für Tanzorchester, sondern auch für die Hausmusik, in der es im Begriffe ist, die Geige zu verdrängen. Der Bezirk von Minnesota und St. Paul mit etwa 1 100 000 Ein-

wohnern hat in den letzten zwei Jahren 16 000 Saxophone gekauft, und in der Stadt Houston in Texas gibt es bereits einen Saxophonklub mit 400 ausübenden Mitgliedern.

Alte Liebe.

Der amerikanische Millionär Harry Thaw, der vor 20 Jahren verurteilt wurde wegen Ermordung des Architekten Stanford White, beabsichtigt nach einer Meldung aus Keunap, nachdem er vor etwa einem Jahr aus dem Gefängnis entlassen worden ist, eine zweite Ehe mit seiner damaligen Frau einzugehen. Das Motiv des Mordes war Eifersucht; Thaw glaubte sich von seiner Frau betrogen, und die Ehe wurde dann nach dem Mord geschieden.

Das Eisenbahnunglück in Australien.

Die Zahl der Toten bei dem bereits gemeldeten Eisenbahnunglück hat sich auf 26 erhöht. 50 Personen sind verletzt worden. Bei dem Zusammenstoß der vier losgelassen Güterwagen mit dem Schnellzuge blieben die Maschine und der erste Wagen des Schnellzugs unbeschädigt, dagegen wurde der zweite Wagen, der außerordentlich dicht besetzt war, vollkommen zertrümmert.

Niesenbrand in Rumänien.

In der Stadt Sufi an der Moldab wurden durch einen Brand über 100 Häuser vernichtet.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

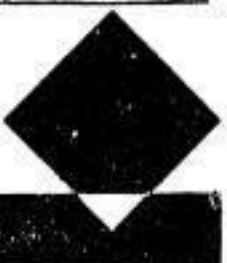
Donnerstag, den 16. September. Rundfunk (Wirtschaft): 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Volk- und Baumwollpreise; amerik. Metallmeldungen des Vortages. 2,45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Devisennotiz. 3,25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktenbörse amtlich. 5,15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsamt. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 2,45 und 3,25 und die laufenden Produktenbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6,20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk (Unterhaltung und Belehrung): 10,05 Uhr: Verkehrsamt. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Puppel-Phonola. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitungen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: Prof. Dr. Amiel und Oberlehrer Westermann: Einheitsstundenschrift. 3,35 Uhr: Direktor G. Lehmann: Die Taufstimmungen und die menschliche Gesellschaft. 4,30-5,15 und 5,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdener Rundfunkorchesters. 6,30-6,45 Uhr: Aufwertungsgrundriss. 6,45-7 Uhr: Steuergrundriss. 7-7,30 Uhr: Dr. med. et phil. Gnehm: „Musik und Geistesförderung.“ 7,30 Uhr: Wetterausgabe. (Gleichzeitige Übertragung des Programms auf die Sender Frankfurt a. M., Stuttgart und Breslau.) 7,45 Uhr: Szenen aus Goethes Faust für Solostimmen, Chor und Orchester von Robert Schumann. Solisten: Anna Quistorp (Sopran), Erna Hänel-Zwölger (Sopran), Meta Jung-Steinbrink (Alt), Dorothea Schröder (Alt), Hans Lohmann (Tenor), Stefan Kapoff (Bariton), Dr. Wolfgang Pöschel (Bass). Chor: Leipziger Oratorien-Vereinigung. Dirigent: Leipziger Sinfonie-Orchester. Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportamt. Ab 10,30 Uhr: Funkstille.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Schlachtfest, Weißkohl und Kesselsuppe. — Morgen: Königsberger Klops mit Kartoffelbrat 76 3 Kalbroulade mit Kartoffelbrat 1.25

Die beste Bekämpfung

der Schundliteratur ist das Werben neuer Leser für die Volkszeitung!



Familien-Nachrichten

Für die vielen uns erwiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer silbernen Hochzeit sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.

Leipzig-Kleinzschocher, Windorfer Str. 58
Franz Friedel und Frau Minna
geb. Stockmann.

Für die beim Tode unserer guten Mutter, Groß-, Schwieger- und Urgroßmutter, Frau

Therese Rosine verw. Schäfer

uns zugegangenen Beweise der Teilnahme, sei es durch den reichlichen Blumenschmuck oder sonstige Beileidskundgebungen, sagen wir allen von dieser Stelle aus herzlichsten Dank. Dank auch dem Redner der Freudenker, Herrn Theer.

Leipzig-Roudnitz, 13. September 1926
Kreuzstraße 46
Die trauernden Hinterbliebenen.

9 St B 396, 26
Durch Strafbefehl des Amtsgerichts III. A. 9, Leipzig vom 14. August 1926 wurde der Autohändler Paul Erich Wehmann aus Leipzig, Theresienstraße 83, E.g., zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen und zur Tragung der Kosten des Verfahrens rechtskräftig verurteilt und auf öffentliche Befristung seiner Verurteilung in den Leipziger Nachrichten und in der Leipziger Volkszeitung erkannt, weil er einen Angehörigen der 5 Komp. des Inf.-Regts. 11 öffentlich am 7. Juli 1926 beleidigt hatte.

Amtsgericht Leipzig III. A. 9.

Unsere lieben Parteigenossen
Wilhelm Veit nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit

SPD Ortsverein Taucha und Umgegend

Dienstag früh verließ schnell und unerwartet im 75. Lebensjahr unsere liebe Mutter, Frau

Anna verw. Engel

geb. Wittig

Dies zeigen nun hierdurch an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 17. September, nachm. 1 Uhr, von der Kapelle des Städtischen Friedhofes aus statt. — Freundschaft zugehörige Blumenbeiden werden in der Beerdigungsanstalt Deimkehr, Partiermühlstraße 14, entgegengenommen.

Dankagung

Hierdurch sagen wir allen, die uns beim Tode unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels und Bräutigams

Peter Fischer-Birnbaum

ihre Teilnahme bezeugten, unsern besten Dank. Besonders Dank dem Arbeiter-Radfahrer-Bund, Abteilung Kleinzschocher.

Die trauernden Hinterbliebenen

Decken Sie Seide beim Bügeln mit einem dünnen Tuch.

Seide ist ebenso dauerhaft wie Leinen und Baumwolle, wenn sie regelmäßig von Staub und Schweiß befreit wird. Nur darf man weder wringen noch mit harter Stückseife einreiben. Am sichersten verwenden Sie nur LUX Seifenflocken; der weiche LUX-Schaum reinigt die Gewebe vollkommen und ohne jeden Nachteil. Bügeln Sie dann mit mäßig warmem Eisen und bedecken Sie die rechte Seite mit einem dünnen Tuch, um der Seide den Glanz zu erhalten.

Doppelgroße Packung 90 Pfg.
Normalpackung 50 Pfg.

LUX SEIFENFLOCKEN

L37

Am Montag, dem 13. September, verschied nach längerem schwerem Leiden im 52. Lebensjahre meine liebe Frau Lebensgefährtin, unsere herzengute treuherzige Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Maria Schneider geb. Hahn.

Ihr Leben war nur Arbeit!

Leipzig-Lindenau, Dentschstraße 49, st. 1.

In tiefer Trauer

Paul Schneider und vier Kinder

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

